

Informationen rund um die Infoveranstaltung vom 04.04.2019

Die Veranstaltung wurde von der Netzwerkstelle Wrangelkiez, der Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit Reichenberger Kiez und der Gemeinwesen - Netzwerkarbeit Kotti e.V. in Kooperation mit dem Projekt Wohnscouting geplant, durchgeführt und die Informationen zusammengetragen.

Mehr Informationen unter:

www.familienzentrum-wrangelkiez.de

www.rundumkotti.de

www.wohnscouting.de

Inhalt:

1. Vorstellung des Informationsformats
2. Plenumsvorstellung und Mitschrift Plenum
3. Hintergrundinformationen
 - Orte und Geplantes
 - Senatsebene
 - Bezirksebene
 - Projekte und Initiativen
 - Verbände
 - Studien

Diese Dokumentation erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und kann aktuelle Ereignisse ab dem 20.04 nicht berücksichtigen.



1. Neues Informationsformat

“Sichtbarkeit, Transparenz und Kommunikation.”

Dieses gemeinsam veranstaltete Informationsformat hat sich zum Ziel gesetzt ein bestimmtes Thema, von der Senatsebene bis zur Initiativeebene, zu beleuchten und allen Interessierten weiterführende Links zur Verfügung zu stellen. Für die Veranstaltung haben wir einen Fokus auf die bezirkliche Ebene. Unser Schwerpunkt lag dabei auf dem Bezirk Berlin-Kreuzberg. Die Veranstaltung soll der Start für ein neues Veranstaltungsformat sein.

Im Rahmen unseres gemeinsamen Ziels: „Planungsräume neu vernetzt“ soll dieses Format kiezübergreifende Themen zusammen bearbeiten. Es soll bezirkswweit informieren, Transparenz schaffen und Prozesse und Strukturen sichtbar machen. Wir wollen aufzeigen wer mit wem redet, was geplant ist und was noch gebraucht wird. So wollen wir eine Plattform schaffen, um Akteur*innen und Nachbar*innen aufzuzeigen welche Orte, welche Gruppen-Konstellationen, welche Konzepte, welche Fragen und Herausforderungen zu den Themen auftreten.

Der Output erschließt sich aus drei Teilen:

- Inputs & Diskussion & Vernetzung
- Informationen Stellwände (Bezirk, Senat, Projekte und Initiativen, Studien)
- Öffentliche Dokumentation von 1 und 2

Drei zeitliche Perspektiven werden betrachtet:

1. Was gibt es? Akteur*innen (*Nachbarschaft, Initiativen, Projekte, Vereine etc.) die schon aktiv zum Thema agieren.
2. Was ist geplant? Akteur*innen* - Projekte in Planungsprozessen
3. Was braucht es noch? Offenen Fragen, Herausforderungen etc.

Unsere nächsten Themen werden „Verkehr“ und „Digitalisierung“ sein. Es gibt die Möglichkeit je nach Thema als Projekt, Verein, Person, Initiative etc. die Veranstaltungen mitzugestalten und ebenso mit einem Thema an uns heranzutreten

Unsere nächsten Themen werden „Verkehr“ und „Digitalisierung“ sein. Es gibt die Möglichkeit je nach Thema als Projekt, Verein, Person, Initiative etc. die Veranstaltungen mitzugestalten und ebenso mit einem Thema an uns heranzutreten

Inputs und Diskussion: Moderation Susanna Raab

Kurzvorstellung:

Projekt Wohnscouting: Das Wohnscouting ist ein Projekt zur Unterstützung und Begleitung der Wohnraumsuche für Menschen mit Fluchterfahrung im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Sie bieten Unterstützung bei der Wohnungssuche und begleiten Geflüchtete auf ihrem Weg zur eigenen Wohnung. Ziel ist es Geflüchtete bei der Wohnungssuche zu stärken, damit sie sich auf dem Berliner Wohnungsmarkt zurecht finden.

Ahmad von Camp One e.V.: CAMP ONE e.V. ist ein Berliner Selbsthilfeverein, in dem überwiegend Personen, die 2015/16 auf ihrer Flucht nach Deutschland kamen, ihre Interessen selbst (und selbstbewusst) vertreten – und dabei die Hilfe von Menschen in Anspruch nehmen, die das Leben in Berlin und Deutschland bereits gut kennen. Ahmad hat in seiner Unterkunft ehrenamtlich Bewohner*innen dabei geholfen ihre Bewerbungsunterlagen für eine Wohnung fertig zu stellen und hat sie bei der Suche und Besichtigung unterstützt.

Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V. – Wohnheim Zeughofstraße: Das Wohnheim Zeughofstraße (seit 01.04.2004 - Vertrag vorläufig bis Mitte 2024) liegt zentral in Berlin-Kreuzberg. Hier leben bis zu 147 Frauen, Männer und Kinder aus aller Welt. Viele von ihnen sind Bürgerkriegsflüchtlinge oder Asylsuchende, die aus unterschiedlichen Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehren können oder wollen.

QuartiersHandwerk und coop.disco – Ratiborstrasse 14: Haben die, vom Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg beauftragte, Machbarkeitsstudie zum Areal Ratiborstraße im zweiten Halbjahr 2018 in enger Kooperation mit den zuständigen Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung, aber v.a. mit den derzeitigen Nutzer*innen sowie in der Nachbarschaft, engagierten Initiativen und Akteur*innen aus dem Kiez prozessual erarbeitet. Ebenso mitwirkend in der AG Ankommen & Bleiben der Ratibor 14.

Nachbarschaftsinitiative Ratiborstraße und Umgebung: Die Initiative gibt es seit letzten Herbst, seit April sind einige auch mit der Initiative GloReiche am Thema dran, weil das Gelände Ratiborstr 14 von der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BimA) verkauft wird und es zunächst mit einer großen Gemeinschaftsunterkunft (GU) bebaut werden soll. Sie wollen Wohnen statt Unterbringung, gute Voraussetzungen für das Ankommen im Kiez und keine Verdrängung der bisherigen Nutzer*innen.

Grundstück Ohlauer Str.- Trafo Ohlauer – Impulsgeber und Nukleus für partizipative Stadtteilentwicklung und –Gestaltung: Bei der Entwicklung des Konzeptes ‚Trafo Ohlauer‘ wurden Anliegen und Werte wie zum Beispiel Gemein Sinn und Kohäsion durch nachbarschaftliches Wohnen und Gestalten gestärkt, Inklusion und Vielfalt durch Begegnung und Austausch ermöglicht, Teilhabe und Ermächtigung durch Engagement und neue Kooperationen gefördert sowie in den Mittelpunkt gestellt, um passgenaue Projektformate und nachbarschaftlich orientierte Angebote zu entwickeln.

Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V. - Grundstück Ohlauer Str.: Geplant ist eine Begegnungsstätte für den Kiez und deren Freund*innen. Arbeit, Wohnen, Kinderbetreuung, Kultur und Beratung auf einem Grundstück. Sowohl der Neubau inkl. Kita, als auch der Altbau soll von unterschiedlichen sozialen Trägern aus dem Kiez bewirtschaftet werden. Alles existiert bisher nur auf dem Papier.

Mitschrift:

Plenumsteilnehmer*innen:

- Wohnheim Zeughofstraße, Diakonisches Werk Stadtmitte
 - ↳ Hallow Salam, Sozialarbeiter
 - ↳ Christa Gunsemheimer, Leitung
- Campus Ohlauer, HOWOGE-Neubau Ohlauer Str., Diakonisches Werk Stadtmitte
 - ↳ Evelyn Gülzow
- Camp One e.V.
 - ↳ Ahmad Jubeh
- Wohnscouting, Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.
 - ↳ Susanna Raab (auch Moderation)
- Nachbarschaftsinitiative Ratiborstraße und Umgebung:
 - ↳ Beate Selders
- Trafo Ohlauer
 - ↳ Ulrich Hardt, Desi g GmbH
- Areal Ratiborstr. 14, Machbarkeitsstudie, R14 Ankommen und Bleiben
 - ↳ Anna Heilgmeier, coop.disco
 - ↳ Frieder Rock, *QuartierHandwerk*

TEIL 1 – Interviews

1. Interview mit Ahmad, Camp One e.V.:

- Wie war dein Ankommen und deine Wohnungssuche?
 - ↳ Januar 2017 nach Berlin in eine GU in Marzahn gekommen
 - ↳ bei der Wohnungssuche ziemlich allein gewesen
 - ↳ Hürden bei der Wohnungssuche:
 - ✦ Bürokratie: sehr viele Unterlagen, Bescheinigungen werden benötigt → keine Kenntnisse, darüber welche, woher bekommen, was bedeuten diese Unterlagen
 - ✦ Sprache: bei Wohnungssuche, Anschreiben für eine Wohnungsbesichtigung, Unterlagen/Behörden, bei der Wohnungsbesichtigung (A. hat sich anfangs mit Google -Translator geholfen)
 - nach 150 Besichtigungen in Hohenschönhausen und Lichtenberg hat A. eine Wohnung gefunden
 - ✦ Status: Recht auf Wohnen ist statusabhängig
 - ✦ Ausstattung: Wohnungssuche ist nur online möglich
- Ihr habt nun eine Beratungsstelle für Wohnungssuchende eingerichtet?
 - ↳ Zusammen mit der Sozialberatung vom EJF wird Wohnungsberatung in GU angeboten
 - ✦ Computer stehen zur Verfügung
 - ✦ Unterstützung bei Anschreiben → Welche Informationen sind wichtig?
 - ✦ Unterstützung bei Anträgen (z.B. WBS), Internetsuche
 - ✦ Checkliste Wohnung und Was bedeutet ein Umzug

2. Wohnscouting, Nachbarschaftshaus Urbanstr.

- Unterstützung bei der Wohnungssuche/Vermittlung
 - ↳ Sprechstunde donnerstags 14-17 Uhr
 - ✦ WBS, Mietschuldenfreiheitsbescheinigung, Anschreiben
 - ✦ Computerraum
 - ✦ In Einzelfällen Begleitung zu Behördengängen wenn Aussicht auf Wohnung
- bisher 2 Wohnungen vermittelt, Erfolg relativ gering, aufgrund fehlender Wohnungen, Hürden bei der Suche, Diskriminierung und wenig Kooperation mit Vermieter*innen
- Hürden bei der Wohnungssuche:
 - ↳ Sprache

- ↳ Bürokratie
- ↳ Besichtigungstermin bekommen
- ↳ Wohnungen ab 5 Personen → Residenzpflicht aufgehoben für Familien ab 5 Personen → würden gerne auch nach Brandenburg ziehen

3. Wohnheim Zeughofstraße

- älteste Unterkunft, seit 1890 für Menschen in Not, seit 70er Jahren für Menschen auf der Flucht, 2004 vom DW-Stadtmitte übernommen
 - ↳ → gut vernetzt in FH-KB
 - ↳ Schulen, Läden, Projekte etc. in der Nähe
- aktuell Bewohner*innen v.a. aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Irak
- **Ausstattung**
 - ↳ Mehrbettzimmer mit Pantryküchen
 - ↳ Gemeinschaftsbäder
 - ↳ Gemeinschaftsküche
 - ↳ Aufenthaltsräume
 - ↳ Kita
 - ↳ Garten
 - ↳ Frauenbereiche (z.B. Bäder)
 - ↳ keine Computer
- **Konzeptionelle Besonderheit – Offenheit:**
 - ↳ relativ offen, kein Zaun, kein externer Wachschatz, keine Heimausweise, Übernachtungen von Gästen erlaubt
- **Wie unterstützt ihr das Ankommen in der Nachbarschaft und die Wohnungssuche?**
 - ↳ Selbstvertrauen ist wichtig, ermutigen den Kiez kennenzulernen (bspw. Auch mal eine andere Straße nutzen)
 - ↳ Begleitung von Bewohner*innen zu Projekten in Umgebung
 - ↳ Aufbau Ehrenamtspool – Nachbar*innen, die Menschen im Alltag unterstützen (z.B. bei Wohnungssuche, Kindern, Sprache)
 - ↳ Projekte werden regelmäßig eingeladen, die Ehrenamtsprojekte und Wohnungssuche unterstützen
 - ↳ Weiterleitung über Sozialdienst
 - ↳ Es wird ein Laptop angeschafft
- **Wie ist eure Erfahrung in der Wohnungssuche?**
 - ↳ Mitarbeiter*innen haben selbst keine Zeit intensiv bei der Wohnungssuche zu unterstützen
 - ↳ manche finden durch LAF Wohnung
 - ↳ Hürden bei der Wohnungssuche:
 - ✦ Angst vor dem alleine Wohnen
 - Wo finde ich eine Kita/Schule etc.
 - Was bedeutet alleine Wohnen (Strom, Telefon, Versicherungen, Heizung, Telefon)
 - ✦ Viele sind enttäuscht und entmutigt nach einer Wohnungsbesichtigung mit 50 Menschen → nur Wenige halten das lange durch
 - ✦ Status → WBS nur mit Aufenthaltstitel
 - ✦ Betrug/unseriöse Angebote
- **Was wird gebraucht zur Wohnungssuche?**
 - ↳ Checkliste „Was bedeutet alleine Wohnen?“ (Strom, Heizung, Telefon, etc., Schule, Kita, etc.)
 - ↳ Übersichten: Es gibt bereits viele Projekte und Unterstützungsangebote, aber der Überblick fehlt

4. QuartiersHandwerk und coop.disco – Ratiborstrasse 14

Hintergrund:

- 2017 hat der Senat MUF-Standorte gesucht
 - ↳ MUF für 500 Menschen in Ratiborst. 14 und in der Alten Jakobstr.
- Gründe für Unmut über Entscheidung in der Ratiborstr.:
 - ↳ auf der Fläche sind zahlreiche Gewerbe vorhanden
 - ↳ städtebauliche Studie über bauliche Möglichkeiten war nicht zufriedenstellend
 - ↳ MUF sind temporäre Einrichtungen
 - ✦ kein Übergangskonzept
 - ✦ → keine Antwort auf die Frage „Was ist danach?“
- Menschen vor Ort sind mit coop.disco und Quartiershandwerk in Kontakt getreten, um eine nachhaltigere Nutzung zu erarbeiten:
- Machbarkeitsstudie: <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/ausschuesse/ratibor-14.pdf>
- **Wie geht es weiter?**
- Sehr diffuse Situation, unklare Zuständigkeiten, welches Baurecht? (Sonderbaurecht?)
- Aktuell 150 Plätze im Gespräch → Bezirk sucht nach weiteren Standorten, um die vom Senat geforderten 500 Plätze zu verteilen
- Letter of Intent an den Bezirk
 - kleinteiligere Bebauung
 - angemessene Struktur
 - Unterbringung/Belegung: Nachbarschaft fordert 1 Mensch, 1 Zimmer
- Runder Tisch mit SenSoz geplant
- Grundstück wird von der BIMA (Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten) an BIM (Berliner Immobilienmanagement) übergeben
- Werkstatt Ankommen & Bleiben 29.05.2019

*„Mit der Werkstatt Ankommen & Bleiben wollen wir eine positive Bestimmung für die Entwicklung und den Bau von Standorten vornehmen, an denen geflüchtete Menschen unterkommen werden. Wir gehen davon aus, dass diese Menschen mehrheitlich bleiben wollen und in guter Nachbarschaft mit nicht geflüchteten Menschen leben und arbeiten sollten. Die qualitativen sowie inhaltlichen Vorgaben für die Entwicklung wollen wir am Beispiel des Standorts Ratiborreal erarbeiten (zentraler Fokus) und uns dazu gute Umsetzungen u.a. aus Tübingen, München und Baden-Württemberg ansehen. Die Arbeitsergebnisse sollen später auf die weiteren, dezentralen Standorte im Bezirk und im Land Berlin übertragbar sein. Daher richtet sich die Werkstatt an die Bezirksstadträt*innen (Soziales und Bau) sowie an alle Akteure und aktive geflüchtete Menschen, die im Themenfeld Ankommen & Bleiben tätig sind.“*

Nachbarschaftsinitiative Ratiborstraße und Umgebung:

- Mitglied der Nachbarschaftsinitiative GloReiche, die sich gegen Verdrängung einsetzt
- Auseinandersetzung mit dem Gelände Ratiborstr. 14 seit 2013, weil die BIMA das Grundstück verkaufen wollte
- Akzeptanz bzgl. der Grundstücksentwicklungen ist gestiegen, seit geplant ist, Wohnraum für Geflüchtete dort zu schaffen
- **Problem:** Die Initiative ist nicht damit einverstanden, wie Geflüchtete dort wohnen sollen:
- Für Ratiborstr. ist der Gemeinschaftsunterkunfts-Typ 3 geplant (GU 3):
 - ↳ am besten ausgestattete GU-Form, aber mit Doppelbelegung der Zimmer
 - ↳ für alleinstehende Erwachsene
 - ↳ es gibt keine Mieter*innenrechte
 - ↳ Wachschatz → Besuchseinschränkung

- ↳ wird durch LAF (Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten) belegt → Menschen können auch einfach wieder „umgesetzt“ werden
- **Frage: Wieso werden trotz des Wohnraummangels keine Wohnungen dort gebaut? Es ist klar, dass die Menschen aus den Unterkünften nicht herauskommen.**
- **Position:** Die Initiative
 - ↳ kämpft darum, am Prozess beteiligt zu werden
 - ↳ kooperiert nicht mehr mit Bezirk
 - ↳ organisiert Protest

Grundstück Ohlauer Str. 22-24 – ehemaliges Gerhart-Hauptmann-Schulgelände

A) ehemaliges Schulgebäude

- Nordflügel: bis November 2018 Notunterkunft, seit dem Kältehilfe (Johanniter)
- Mitteltrakt: Fixpunkt e.V.
- Südflügel: Projektheus „Trafo-Transit“

B) Neubau – HOWOGE

- Wohnen, Kita, Verwaltung durch Diakonisches Werk

A) Trafo Ohlauer – Südflügel der ehem. Gerhart-Hauptmann-Schule

Hintergrund:

- 2016 Interessenbekundungsverfahren für „Internationales Flüchtlingszentrum“ vom Bezirk
- Desi gGmbH-Konzept hat Zuschlag bekommen (Träger der Alten Desinfektionsanstalt – Nachbarschaftshaus Urbanstr., Expedition Metropolis, Jakulo)
 - ↳ Konzept: Empowerment, Beratung, Begegnung durch Kunst und Kultur → „Blaupause“ für Südflügel „Trafo Ohlauer“
- nach Kommunalwahlen 2016 Stillstand von Seiten Bezirk, „Internationales Flüchtlingszentrum“ umzusetzen

Wie geht es weiter:

- Projektheus „Trafo-Transit“ um:
- Menschen in Übergangssituationen zu empoweren und qualifizieren um als Bewohner*innen den Reichenberger Kiez mitzugestalten

Neubau – HOWOGE

Hintergrund:

- Engagement seit der Besetzung des Oranienplatzes durch Geflüchtete und folgend mit der Flucht durch die Räumung in die Gerhart-Hauptmann-Schule
- Überlegungen, was gebraucht wird im Bezirk: Wohnungen für:
 - ↳ Geflüchtete
 - ↳ Schutzraum für Frauen
 - ↳ Student*innen
 - ↳ Menschen mit Wohnberechtigungsschein
 - ↳ „Wohnungen für alle“

Wie geht es weiter:

- HOWOGE baut, Diakonisches Werk Stadtmitte übernimmt Verwaltung (Pilotprojekt)
 - ↳ 127 Wohnungen (ca. 50% Trägerwohnen, ca. 50% WBS, wenige Wohnungen freier Markt: 8,50€/m²)
- Kooperationen:
 - ↳ Martinswerk e.V. (Studierendenwohnen/Klubheim Jugendhilfeträger (geflüchtete Jugendliche), Diakonisches Werk bilden gGmbH für Verwaltung
 - ↳ „Bauini-Ohlauer“ → Vernetzung aller Träger, die auf dem Gelände aktiv sind, sein

werden (s.o.)

✦ Wie geht es auf dem Gelände weiter?

✦ Wie geht es im Nordflügel weiter?

• Probleme:

↳ problematische Zusammenarbeit mit Bezirk erschwert die gemeinsame Arbeit der „Bauini“

↳ HOWOGE findet keine Bauunternehmen

↳ → Bau verzögert sich

Teil 2 - Diskussion

Was macht Ankommen aus? Wer muss gefragt werden?

Kann Ankommen /Inklusion überhaupt ohne Wohnen/Wohnperspektive am Ort gelingen? >> kein Ankommen ohne (langfristiges) Wohnen!

Bedarf an neuem Wohnraum vs. vorhandenem Potential und Leerstand in Unterkünften

- enormer Bedarf an Wohnungen und Unterkünften. Aktuell leben 1500-2000 Menschen mit Fluchterfahrung in Gemeinschaftsunterkünften und Aufnahmeeinrichtungen im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg allein, dabei sind freie Hostelunterbringungen noch nicht eingerechnet
- Gleichzeitig stehen Unterkünfte/MUFs leer!
 - Eine Ursache: Leerstehende MUF- und Heimplätze werden für den Leerzug der Notunterkünfte (Hangars und Tempohomes Tempelhofer Feld) vorgehalten
 - → Frage/Problem der Koordination durch das LAF/der Senatsebene
- WWF-Kontingent der Landeseigenen Wohnungsunternehmen: die Wohnungsunternehmen haben insgesamt 247 Wohnungen, die für Geflüchtete vorgehalten werden müssen. Es sind nur äußerst geringe Wohnungs-Kontingente für Geflüchtete bei den städtischen Wohngesellschaften vorhanden.
 - LAF hat keine konkreten Bedingungen für Kontingent-Wohnungen. Anspruch auf Wohnungskontingent (medizinisch, psychologisch) muss in einem Antrag begründet werden (bspw. gute Kooperation mit Sozial-Psychiatrischer Dienst vom Bezirk FH-KB).
- Erfahrung aus Beratung: Auch soziale Träger von Wohnungen kündigen Menschen das Wohnverhältnis, ohne, dass sie eine alternative Wohnung oder Unterkunft haben.
- Es braucht ein „Wohnungs-Kontingent“ für Geflüchtete in jedem Bezirk

Standards von Unterkünften und Wohnungen und Belegung

- Standards müssen eingehalten werden und nicht weiter reduziert, mit der Rechtfertigung, dass ein Mangel herrsche. Die Umsetzung der Standards muss kontrolliert werden.
- Die wichtige Frage ist, in welcher Form wird neuer Wohnraum bereitgestellt?
 - Mindestforderung der Nachbarschaft ist KEINE Doppelbelegung
- Im Wohnheim Zeughofstraße zeigt sich, dass Offenheit ein wichtiger Aspekt ist. Es gibt keinen externen Wachschutz und keine Ausweise. Vor allem kann auch Besuch empfangen werden, auch über Nacht. Das schafft ein gutes Klima für die Bewohner*innen.
- Kritisiert wird u.a.: die Belegungspraxis durch das LAF:
- Leerstand der MUFs bei gleichzeitig schlechten Bedingungen in Unterkünften

- Hinzukommen hochpreisige private Unterkünfte, welche die Wohnungsnot von geflüchteten Personen nutzen
- Kritik am Jobcenter und Sozialamt:
- Einige geflüchtete Familien müssen weiterhin in Heimen leben, auch wenn sie ein Wohnungsangebot bekommen haben, weil die Miete evtl. 50 Euro über den Kosten der Unterkunft liegt.
- Dilemma der beiden unterschiedlichen Formen (Unterbringung und Wohnen) nebeneinander: Diskussion zu Wohnstandards in der Ratiborstr.: In Kreuzberg können aufgrund der Infrastruktur und zahlreicher Projekte und Netzwerke Menschen gut ankommen. Es muss aber Wohnraum geschaffen werden. Flächen dafür sind vorhanden bspw. auf dem Ratiborgelände. Neben sozialer Infrastruktur muss auch Wohnen in Bezug auf Fläche neu diskutiert werden: Eine neue Unterkunft mit wenig Fläche für eine Person neben normalen Wohnungen?:
 - Wieviel Platz braucht ein Mensch zum Ankommen? Vorgesehener Standard in GU3 sind 14m²/2 Personen
 - Wieviel Platz brauchen und haben die, die schon da sind? Bspw. in besetzten Häusern oder Altbau-Wohnungen? Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Berlin ist ca. 38 m²

Ankommen und Integration

- Widerspruch zu gutem Ankommen: es werden Übergangslösungen geschaffen und Konzepte aufgesetzt, die eine temporäre Unterbringungssituation (für Geflüchtete, Studierende, von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit Betroffene) bis zu 5 Jahren umsetzen. Diese Übergangslösungen werden oft zwangsläufig zu Dauerlösungen und dieser Substandard könnte auf viele andere Bedarfsgruppen (Transferleistungsempfänger*innen, Studierende, Senior*innen etc.) ausweitet werden.
- Menschen werden in eine „Auszugsperspektive“ statt in eine „Bleibeperspektive“ innerhalb eines kontrollierten Substandardwohnens (anstelle gemeinsamen Lebens mit ihren Nachbar*innen) gedrängt. Das hat extrem negative Auswirkungen auf alle Beteiligten (untergebrachte Menschen, Nachbar*innen, Infrastruktureinrichtungen)
- Unsicherheit, Enttäuschung, Kurzfristigkeit senken die Motivation von beiden Seiten (Geflüchtete und Nachbarschaft) gute Ankommens- / Willkommenssituationen gemeinsam herzustellen und auch langfristig aufrechtzuerhalten. Die Menschen können nicht vor Ort bleiben – müssen ohnehin wegziehen – sind auch noch gezwungen soziale Infrastrukturen (wie Schule, Kita, etc.) an ganz anderen Orten (bis 1h Fahrt) in Anspruch zu nehmen.
- Wird bei der Planung und Umsetzung neuer Unterkünften die soziale Infrastruktur berücksichtigt (bspw. Kitas und Schulen)? Konkret stellt sich die Frage im Reichenberger Kiez bspw. bei der Rosa-Parks-Grundschule.
- Die Vernetzung zwischen bestehenden Angeboten und Einrichtungen- (z.B. GU Zeughofstr. als eine an sich gut vernetzte und einer der ältesten Ankommens-Einrichtungen in Berlin und Wohnscouting) muss kontinuierlich ausgebaut werden – mit regelmäßigem Austausch.
- Sind temporäre Wohnformen (GU/MUF) in Innenstadtquartieren mit extrem angespanntem Wohnungsmarkt überhaupt sinnvoll? Es muss Wohnen möglich sein. Kurzfristige Unterbringung als minimale Notlösungen, die am besten wie auf Ohlauer-Gelände (und

ggf. auch Ratibor) geplant, dann in langfristiges Wohnen am Ort überführt werden können.

- Ein hoher Anteil der Inklusionsleistungen geht verloren, wenn keine Wohnung in der „Ankommens-Nachbarschaft“ möglich ist

Planung, Umsetzung, Planungsebenen von Wohnraum

- extrem langsame / verzögerte Umsetzungen von Planungen (Diakonie, Martinswerk vs. Bezirk und HoWoGe)
- Es fehlen (genauere) Informationen und Kommunikation (DESI und Ratibor)
- Es gibt keine Kontinuität in Planungen und Zielen. Fehlende und sogar falsche Ankünfte von Bezirk und Senat zu den Unterbringungen erschweren das Engagement in Projekten Dies berichten vor allen engagierte Nachbar*innen und Einrichtungen im Umfeld von Unterbringungssituationen (Campus Ohlauer mit Trafo-Transit; Ratibor 14)
- Wie kommt man an mehr Wohnraum ran (Evi)
 - Sozialer Wohnungsbau für 6,50€ nicht zu finanzieren → müssen steuerlich subventioniert werden
 - Baugenehmigungen müssen erleichtert werden!
- Die Nicht-Funktionalität auf Senatsebene ist sehr problematisch. Aber auch der Dogmatismus im Verwaltungshandeln. Auf dem Ratiborgelände wird dafür gekämpft den LAF-Standard nicht umsetzen zu müssen. Es gibt viele Beispiele aus anderen Städten wie Wohnen für Geflüchtete mit anderen Konzepten umgesetzt werden kann:
 - Ankommen und Bleiben macht einen Workshop dazu Ende Mai

Wohnungssuche

- Wohnungssuche ist selbst in Außenbezirken mit enormer physischer (über 100 Besichtigungstermine) und psychischer (Sprachbarriere, Diskriminierung, extreme Konkurrenzsituationen) Zusatzbelastung verbunden. Nur mit hoher Ausdauer und großem Aufwand, Bemühungen und professioneller Unterstützung ist es für Geflüchtete überhaupt möglich eine Wohnung zu finden.
- Wichtige Infrastruktur für die Beratung und Unterstützung bei der Wohnungssuche (Laptop, Computer-Raum, etc.) wären enorm wichtig, sind in den GUs, jedoch nicht überall vorhanden. Das Wohnheim Zeughofstraße versucht aktuell spendenbasierte Ausstattung zu organisieren
- Geflüchtete benötigen konkrete Beratung und (sprach-)Begleitung. Dies ist ein extrem zeitaufwändiger und langfristiger Prozess, der eine professionelle Aufgabe ist und kaum mit ehrenamtlicher Leistung abgedeckt werden kann: Angefangen von der E-mail-Anfrage bzgl. eines Besichtigungstermins über die Besichtigung selbst bis hin zu rechtlichen/vertraglichen Voraussetzungen und ggf. dem Wohnen selbst. Neben dem Wunsch, eigenständig zu Wohnen gibt es auch Befürchtungen davor.
- Diskriminierungsfälle sollten der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt gemeldet werden „Fair Mieten Fair Wohnen“

Was ist, wenn beratende Projekte einem Betrug aufsitzen? Wer ist haftbar dafür?

- Institutionen sind nicht haftbar, aber solche Fälle sollten an das Wohnungsamt weitergeleitet werden und an
- Fair Mieten - Fair Wohnen, die Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf

dem Wohnungsmarkt

Neubau:

- 2017 wurde festgestellt, dass es einen Bedarf von über 125.000 bezahlbaren Wohnungen gibt. 70% der Berliner*innen haben Anspruch auf WBS. Gebaut werden oft teure Eigentumswohnungen oder Luxus-Mietwohnungen. Die Belegung im Neubau muss an den Bedarf nach günstigem Wohnraum der Berliner*innen angepasst sein.

Kennen Sie schon...? Informationen aus dem Bezirk - Orte und Geplantes - Wohnen und Geflüchtete!

Was gab es? Was gibt es? Was ist geplant? Wo erhalte ich mehr Informationen?



Kartenquellen: Geoportal Berlin/LOR - Bezirke (Urheber: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg) und ATKIS Basis-DLM - Präsentationsmodell
Aufbereitung: SPK3, 10.01.2019

➔ **Siehe bei Senatsinformationen - Wohnformen**

Hinweis wir haben nur vereinzelt Steckbriefinformationen für unsere Dokumentation. Weitere Informationen über Träger der Unterkünfte oder über geplante Projekte und deren Konzepte erhalten sie auf den jeweiligen Internetseiten.

Name: Initiative, Projekt, Einrichtung	Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V. – Wohnheim Zeughofstraße
Adresse	Zeughofstraße 12, 10997 Berlin

Mailkontakt	wohnheim.zeughof@diakonie-stadtmitte.de		
Telefon	030-610007-24		
Webseite	www.diakonie-stadtmitte.de/integration-migration/fluechtlingswohnheim-zeughofstrasse		
Ansprechpersonen	Christa Gunsenheimer		
Wie lange gibt es die Einrichtung schon?	Beim DW seit 01.04.2004	Welche Wohnform?	Gemeinschaftsunterkunft
Welche Form von Sozialarbeit?	Der Sozialdienst arbeitet hauptsächlich bedarfsorientiert. Zu den Methoden gehören die aufsuchende Sozialarbeit, Erziehungsberatung, Case Management, Lebenswelt- und Sozialraumorientierung, Empowerment, Klärungs- und Kriseninterventionsgespräche	Wie lange gibt es noch diese Einrichtung?	Vertrag vorläufig bis Mitte 2024
Welche Projekte/Programme sind dran?(Kooperationen)	Diverse Kooperationen mit Einrichtungen und Projekten im Kiez und bezirksübergreifend		

Name: Initiative, Projekt, Einrichtung	DESI StadtKultur gGmbH
Adresse	Ohlauer Strasse 41 10999 Berlin
Mailkontakt	mail@desi-stadtkultur.de
Telefon	030 47980152
Ansprechpersonen	Ulrich Hardt, Volker Langner
Wie lange gibt es die Einrichtung schon? 2014	
Warum gibt es uns? Zusammenschluss zur Umgestaltung und Entwicklung (Transformation) des Areals ‚Alte Desinfectionsanstalt‘	
Was ist das Thema des Projektes?	
Trafo Ohlauer – Impulsgeber und Nukleus für partizipative Stadteentwicklung und -gestaltung	
<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinnsinn und Kohäsion durch nachbarschaftliches Wohnen und Gestalten stärken • Inklusion und Vielfalt durch Begegnung und Austausch ermöglichen • Teilhabe und Ermächtigung durch Engagement und neue Kooperationen fördern <p>Bei der Entwicklung des Konzeptes ‚Trafo Ohlauer‘ wurden diese Anliegen und Werte in den Mittelpunkt gestellt, um passgenaue Projekformate und nachbarschaftlich orientierte Angebote zu entwickeln.</p> <p>Im Altbau (ehemaliges GHS -Gebäude) fokussiert die DESI StadtKultur gGmbH den Schwerpunkt ‚gemeinsames Gestalten‘. Entstehen soll ein interkulturelles Zentrum für Begegnung, Ankommen, Teilhabe, Gemeinnsinn, unternehmerisches</p>	

Handeln und neue Kooperationen. Eine ‚Kultur des Teilens‘ und neue Formen der Zusammenarbeit in nachbarschaftlicher Ausrichtung sollen hier in Praxis erprobt werden und Impulse aus den Migrations- und Transformationsbewegungen der vergangenen Jahre aufnehmen.
Was wollen wir? Förderung des Denkmalschutzes sowie die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.

Name: Initiative, Projekt, Einrichtung	DW Berlin Stadtmitte e.V. - Ohlauer Strasse		
Adresse	Wilhelmstr. 115, 10963 Berlin		
Mailkontakt	m.lueke@diakonie-stadtmitte.de , vorstand@klubheim-berlin.de		
Telefon	030 69038244 (Lücke) 01732366593 (Gülzow)		
Ansprechpersonen	Evi Gülzow		
Wie lange gibt es die Einrichtung schon?	1996	Welche Wohnform?	Betreutes Wohnen
Welche Form von Sozialarbeit?	BEW, WG, Care-leaver, StudentenWohnen Kita	Wie lange gibt es noch diese Einrichtung?	Bisher gibt es die Ohlauer leider noch nicht.
Welche Projekte/ Programme sind dran?(Kooperationen)	Ev. Klubheim (Jugendhilfeträger) Martinswerk (Studenten) DWBS (Soziale Wohnformen über 25 Jahre), Kita und Schuldnerberatung Wir kooperieren weiterhin mit Fixpunkt, den Johannitern und DESI		

Warum gibt es uns?
Weil viele Menschen Begleitung suchen und in prekären Lebenssituationen sind und Kitaplätze fehlen
Was ist das Thema des Projektes? Wohnungen für Menschen mit finanzierbaren Mieten Beratung, Kitaplätze
Wie ist der Stand? Was haben wir erreicht?
Dass das Grundstück Ohlauer Str. nicht abgegeben wurde, sondern einem sozialen Zweck zugeführt werden soll. Sowohl der Neubau incl. Kita, als auch der Altbau soll von unterschiedlichen sozialen Trägern aus dem Kiez bewirtschaftet werden. Alles existiert bisher nur auf dem Papier
Was wollen wir?
Eine Begegnungsstätte für den Kiez und deren Freunde. Arbeit, Wohnen, Kinderbetreuung, Kultur, Beratung auf einem Grundstück
Wo treten Probleme auf?
Der Neubau verschiebt sich Jahr für Jahr, für den Umbau der alten Gerhardt-Hauptmann Schule ist noch keine Finanzierung vorhanden.
Welche Beteiligungsformate wurde angewendet sind geplant?
Bürgerbeteiligung für den Neubau mit verschiedenen Formaten, Kiezbefragung, wie der Altbau genutzt werden soll durch DESI Willkommensfest auf dem Gelände
Was fehlt? Was brauchen wir damit es besser läuft?
Baubeginn sofort und die Finanzierungszusage für den Altbau.

Name: Initiative, Projekt, Einrichtung	Nachbarschaftsinitiative Ratiborstraße und Umgebung
--	--

Mailkontakt	nachbarschaftR14@gmail.com		
Ansprechpersonen	Franzi Ebeler		
Wie lange gibt es die Einrichtung schon?	Unsere Initiative gibt es seit letzten Herbst, ich selbst bin schon seit April mit der Initiative GloReiche am Thema dran		
Welche Wohnform? Geflüchtete	Es soll eine GU3 für 250 entstehen mit abgeschlossenen Wohneinheiten aber Doppelbelegung von Zimmern, Wachsenschutz, Haus- und Besuchsordnung etc...		
Welche Form von Sozialarbeit?	extern	Wie lange gibt es noch diese Einrichtung?	Die GU soll zehn Jahre lang genutzt werden
Warum gibt es uns?			
Weil das Gelände Ratiborstr. 14 von der BimA verkauft wird und es zunächst mit einer großen GU bebaut werden soll.			
Was ist das Thema des Projektes?			
Wohnen statt Unterbringung Gute Voraussetzungen für das Ankommen im Kiez Keine Verdrängung der bisherigen Nutzer*innen Rede von Nachbarschaftsinitiative Ratiborstr. 14 und Umgebung und GloReiche Nachbarschaft auf der Kundgebung am 4.3.19 https://www.gloreiche.de/downloads/			
Wie ist der Stand? Was haben wir erreicht?			
Es ist gelungen einen Kreis von Nachbarn zu aktivieren. Wir haben viel recherchiert, um uns politisch positionieren zu können und dafür mit dem Flüchtlingsrat und der AG Wohnen von Xenion vernetzt. Aus dem Beteiligungsprozess, den wir als reine Scheinveranstaltung erfahren haben, sind wir ausgestiegen und denken, wir können die Entwicklung effektiver von außen begleiten – in enger Kooperation mit den Nutzer*innen. Dazu muss man sagen, dass sowohl die, als auch wir ein recht heterogener Haufen sind. Wir streben eine breite flüchtlings- und stadtpolitische Vernetzung an, wobei allerdings immer unklar ist, mit welchem Zeithorizont und in welcher Zusammensetzung die Initiative weiterarbeitet.			
Was wollen wir?			
Wir wollen verhindern, dass für Geflüchtete, die bereits diverse Not- und Übergangsunterkünfte hinter sich haben, wieder eine GU gebaut wird mit Doppelbelegung von Zimmern und anderen negativen und diskriminierenden Begleiterscheinungen. Stattdessen wollen wir, dass Sozialwohnungen mit einem verbindlich festgelegten Kontingent für Flüchtlinge gebaut werden. Zumindest aber verlangen wir, dass Menschen, die nicht als Paare oder Familien unterwegs sind, Anspruch auf ein eigenes Zimmer haben. Wir halten die Politik des Senats für falsch, auf die Wohnungsnot von Geflüchteten mit langjähriger GU-unterbringung zu antworten und diese durch weitere GU-Neubauten strukturell festzuschreiben. Außerdem wollen wir die Verdrängung der Nutzer*innen verhindern und dass das Gelände der Spekulation und späterer Luxusbebauung entzogen wird.			
Wo treten Probleme auf?			
Wir haben ein großes Problem mit der Politik des SenIAS und des Senats für Finanzen. Wäre das ausgeräumt, gäbe es sicherlich viele praktische Herausforderungen bei dem Gelände und vor allem auch Versorgungsprobleme im Kiez (Infrastruktur – Schule...), die sich aber bei entsprechendem politischen Willen angehen ließen. Bisher lehnt SenIAS jede Beschäftigung damit ab.			
Welche Beteiligungsformate wurde angewendet sind geplant?			
Mit Beteiligung ist hier vermutlich die Beteiligung Geflüchteter gemeint. Wir hätten sehr gerne mit Flüchtlingsinitiativen zusammengearbeitet, wie z.B. Women in Exile, Iranischer Flüchtlingsverein, zu denen einzelne Kontakt haben, aber wir sind nur sehr wenige ver-			

bindlich Aktive und waren bisher schon mit der Recherche und Organisation vor Ort mehr als ausgelastet.

Was fehlt? Was brauchen wir damit es besser läuft?

Gute Vernetzung, Austausch, breitere Verankerung im Kiez - vor allem in der Zukunft, um Ressentiments bei Anwohner*innen, die in Gesprächen immer wieder deutlich werden, entgegen bzw. vorbeugen zu können.

Name: Initiative, Projekt, Einrichtung	Ankommen & Bleiben		
Adresse	QuartierHandwerk und coop.disco Ratiborstraße 14		
Mailkontakt	R14@coop-disco.net und rock@quartierhandwerk.de		
Telefon	0177 4153479 Frieder Rock		
Webseite	www.quartierhandwerk.org		
Ansprechpersonen	Anna Heilgemeir & Lisa Rochlitzer (coop.disco), Frieder Rock (QuartierHandwerk)		
Wie lange gibt es die Einrichtung schon?	In Gründung	Welche Wohnform?	Gemischte Wohnprojekte
Welche Form von Sozialarbeit?	Noch offen	Wie lange gibt es noch diese Einrichtung?	Hoffentlich lange
Welche Projekte/Programme sind dran?(Kooperationen)	Workshop und Debatte zum Thema Ankommen & Bleiben mit Stadträten und Akteuren, geflüchteten und nichtgeflüchteten Menschen > Wie funktioniert Unterbringung in Berlin, was können wir von anderen Bundesländern und Städten lernen?		
Warum gibt es uns?			
Vorbereitung und Durchführung Workshop Ankommen & Bleiben			
Was ist das Thema des Projektes?			
Auflösung der Berliner Linie bei der Unterbringung von geflüchteten Menschen und Entwicklung und Schaffung von menschenwürdigen Wohnformen, Zugeständnis WBS			
Wie ist der Stand? Was haben wir erreicht?			
Wir sind am Start			
Was wollen wir?			
Einen Workshop veranstalten (Zielgruppe Stadträte und Verwaltung)			
Wo treten Probleme auf?			
Noch mangelndes Verständnis für das Vorhaben bei einigen Akteuren			
Welche Beteiligungsformate wurde angewendet sind geplant?			
In Planung			
Was fehlt? Was brauchen wir damit es besser läuft?			
Akzeptanz			

Kennen Sie schon...? Informationen aus dem **Senat** - Wohnen und Geflüchtete!

Was gab es? Was gibt es? Was ist geplant? Wo erhalte ich mehr Informationen?

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales	<i>Politik</i>
Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Elke Breitenbach Daniel Tietze - Staatssekretär für Integration Alexander Fischer - Staatssekretär für Arbeit und Soziales	
Flüchtlingspolitik <ul style="list-style-type: none"> • Masterplan Integration und Sicherheit - 2017 • Aktionsplan des Senats • im Mai 2016 als Reaktion auf die akuten Aufgaben des Senats beschlossen, die mit der gestiegenen Anzahl der Geflüchteten ab dem Jahr 2015 einherging • Durch den Masterplan Integration und Sicherheit wurde eine Reihe von Projekten und Maßnahmen zur Versorgung von Geflüchteten in Gang gesetzt. • Am 27.11.2018 wurde vom Senat der zweite Umsetzungsbericht für das Jahr 2017 beschlossen. • Der Masterplan Integration und Sicherheit wurde für die Zeit ab dem 01.01.2019 durch das Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter abgelöst. • Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter 01.2019 • Der Senat hat sich die Stärkung der Integrations- und Partizipationsmöglichkeiten für Geflüchtete zum Ziel gesetzt. • Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration des Berliner Senats entwickelte daher gemeinsam mit allen Senatsverwaltungen ein neues Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation geflüchteter Menschen, das als Grundlage der künftigen Politikgestaltung durch den Senat in diesem Bereich dienen soll. • Dazu wurden gemeinsam mit den Bezirken sowie der Zivilgesellschaft Lebensrealität und -bedingungen Geflüchteter analysiert und auf dieser Basis konkrete Ziele zur Verbesserung der Situation Geflüchteter in den Folgejahren definiert. • Am Prozess waren auch Geflüchtete beteiligt. • Anhand des Gesamtkonzepts können zudem Interessierte die Handlungsansätze und flüchtlingspolitischen Schwerpunkte des Senats nachvollziehen. • Am 11.12.2018 wurde das Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation vom Senat beschlossen. 	Mehr Infos über die Konzepte: <ul style="list-style-type: none"> • Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation • Arbeitsdokument zum Gesamtkonzept Integration und Partizipation • Anhang zum Arbeitsdokument <p>https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/fluechtlinge/fluechtlingspolitik</p> <p style="text-align: center;"></p> <p>17.12.2018: Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation von Geflüchteten in Berlin: Viel Worte statt Taten</p> <p>http://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/pm_gesamtkonzept_17dez2018.pdf</p>

<p>Gesamtkonzept wurde in neun Handlungsfeldern eingeteilt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ankommen und Bleiben (Senatsverwaltung für Inneres und Sport) 2. Unterbringung, Wohnen und Soziales (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) 3. Gesundheit und Pflege (Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung) 4. Kinder, Jugendliche, unbegleitete Minderjährige und Familie einschl. vorschulischer und schulischer Bildung sowie Berufsorientierung und -vorbereitung sowie der Erwerb von Deutschkenntnissen (Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie) 5. Arbeitsmarktintegration, Erwerbsleben und Ausbildung (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) 6. Hochschulbildung (Senatskanzlei) 7. Sozialräumliche Integration (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen) 8. Partizipation (Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) 9. Demokratieförderung, Sicherheit und Radikalisierungsprävention (Senatsverwaltung für Inneres und Sport) 	
<p>Beteiligungsformate:</p> <p>Facharbeitsgruppen/ Partizipation von Geflüchteten, Migrantenorganisationen, Vertretungen des Ehrenamts, Fachverbände, sowie – je nach Thema – die Gewerkschaften und die Wirtschafts- und Sozialpartner, die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, Kammern und Mitarbeitende von in diesem Feld aktiven NGOs haben in den Facharbeitsgruppen engagiert mitgearbeitet.</p> <p>Dialogveranstaltungen: Mit der Reihe <u>'Integration im Dialog'</u> wurden in den Berliner Bezirken die Bürgerinnen und Bürger eingeladen, Anregungen, Kritik und Vorschläge einzubringen. (Es fand in Friedrichshain - Kreuzberg keine statt.)</p>	<p>Mehr Infos: https://www.berlin.de/lb/intmig/integration-im-dialog/</p> <p>Und Ergebnisse: https://www.berlin.de/lb/intmig/integration-im-dialog/ergebnisse/</p>
<p>Beauftragte und Einrichtungen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales</p> <p>Die Hauptaufgabe der/des Beauftragten des Senats für Integration und Migration besteht darin, die Migrations- und Integrationspolitik des Senats von Berlin mitzugestalten und mit anderen Verwaltungen im Land Berlin abzustimmen. Da Integration eine Querschnittsaufgabe ist, d. h. alle Politikfelder und damit alle Senatsverwaltungen gleichermaßen hierzu für ihren Bereich Verantwortung tragen, obliegt der/dem Integrations- und Migrationsbeauftragten die strategische Steuerung der gesamten Integrationspolitik Berlins. (Quelle: https://www.berlin.de/lb/intmig/service/ueber-uns/)</p> <p>Info: Integrationsministerkonferenz 2019</p> <p>Die 14. Integrationsministerkonferenz fand am 11. und 12. April 2019 unter dem Motto „Ankommen. Teilhaben. Bleiben“ in Berlin statt. Ziele und Aufgaben: Die Integrationsministerkonferenz (IntMK) ist ein Gremium der freiwilligen Zusammenarbeit der Länder auf dem Gebiet der Integration. Sie fördert und koordiniert nicht nur den Austausch und die Erfahrungen zwischen den Ländern, sondern dient auch deren Zusammenarbeit und der Abstimmung mit dem Bund.</p>	<p>Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration Andreas Germershausen Potsdamer Straße 65 10785 Berlin – Mitte Tel.: (030) 9017-2351 Fax: (030) 9017-2320 E-Mail: Integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de</p> <p>Mehr Infos: https://www.berlin.de/intmk2019/ergebnisse/ https://www.berlin.de/sen/ias/presse/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.790572.php</p>
<p>Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement</p> <p>Auszüge aus dem Interview mit Sybill Schulz (April 2018)</p>	<p>Zentraler Kontakt Tel.:(030) 9028-1169</p>

Flüchtlingskoordinatorin ist als Jobbezeichnung ja nicht selbsterklärend.

Was genau sind Ihre Aufgaben?

*Mein Ziel ist es, die **Qualität der Unterbringung von geflüchteten Menschen in Berlin zu verbessern** und deren **Integration zu unterstützen**. Dafür **koordiniere ich Schnittstellen** und arbeite an der **Optimierung von Kommunikationsstrukturen** zwischen den unterschiedlichen Ebenen und Mitarbeiter*innen im Flüchtlingsmanagement mit. Hierzu gehören Fachverwaltungen, Behörden, Betreiber, Bezirke, Ehrenamtliche und Anwohner*innen. Meine Aufgabe besteht u. a. in der **Entwicklung eines Qualitäts- und Beschwerdemanagementsystems**, speziell auch eines **Unterbringungs-TÜV für Flüchtlingsunterkünfte**. In Vorbereitung darauf organisieren wir gerade eine Tagung mit allen relevanten Akteur*innen. Des Weiteren bemühe ich mich darum, den Zugang zu Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge zu erleichtern.*

Neben der Abteilung für Integration und Migration beschäftigen sich bei SenIAS auch die Abteilungen für Arbeit und für Soziales mit dem Thema Flüchtlinge, es gibt den Integrationsbeauftragten und das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten. Wo sehen Sie in diesem Geflecht an Zuständigkeiten Ihre Rolle?

*Als Team mit einer **Querschnittsfunktion vermitteln** wir zwischen den Akteur*innen, identifizieren Schnittstellen und fördern einen **offenen Austausch**, um die relevanten Abläufe zu verbessern, bspw. bei Neueröffnung von Flüchtlingsunterkünften und Umzügen der Bewohner*innen. Wir brauchen transparente Strukturen und klare Zuständigkeiten in allen Prozessen des Flüchtlingsmanagements.*

*Auf den Punkt gebracht: **Unserer neuen Koordinierungsgruppe kommt dabei die Rolle als Kommunikator, Vermittler, Sprachrohr sowie als Analyst von Hemmnissen und Störfaktoren in pluralen Strukturen zu.***

(Quelle: <https://www.berlin.de/koordfm/ueber-uns/leitung/>)

Qualitätsmanagement

- Der Senat hat sich in den Richtlinien der Regierungspolitik 2016 – 2021 dazu bekannt, die Lebensbedingungen in den Berliner Flüchtlingsunterkünften zu verbessern.
- Ziel: Ein unabhängiges **Beschwerde- und Kontrollmanagement** eingeführt werden.

In unterschiedlichen Veranstaltungsformaten werden Überlegungen und Konzepte für ein Qualitätsmanagement Unterbringung vorgestellt und diskutiert.

Beteiligung und Formate

- InklusionsWerkstatt

Fax:(030) 9028-3170

E-Mail: fluechtlingsmanagement@senias.berlin.de

Leitung: Sybill Schulz

Oranienstraße 106

10969 Berlin

Telefon: (030) 9028-1465

Telefax: (030) 9028-3170

E-

Mail: inklusionswerkstatt@senias.berlin.de

Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement gibt regelmäßig einen **Newsletter** heraus,

<https://www.berlin.de/koordfm/newsletter/>

Newsletter I,II,III und IV sind online einzusehen.

Es gibt eine **Austauschrunde** 1 x im Monat mit den **bezirklichen Flüchtlingskoordinator*innen** aus Berlin.

Hier fließen Berichte aus der Praxis und die bezirklichen Bedürfnisse ein (siehe Infoteil Bezirk). Bei jedem zweiten Treffen ist auch das LAF dabei

<p>https://www.berlin.de/koordfm/themen/qualitaetsmanagement/gremien-und-arbeitsgruppen/artikel.709122.php</p> <ul style="list-style-type: none"> • AG Qualitätsstandards/Unterbringungs-TÜV https://www.berlin.de/koordfm/themen/qualitaetsmanagement/gremien-und-arbeitsgruppen/artikel.709261.php • Expertinnen-Talk https://www.berlin.de/koordfm/themen/qualitaetsmanagement/gremien-und-arbeitsgruppen/artikel.703555.php • Runder Tisch zu „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung geflüchteter Menschen“ https://www.berlin.de/koordfm/themen/qualitaetsmanagement/gremien-und-arbeitsgruppen/artikel.709115.php <ul style="list-style-type: none"> • In 2018 fanden vier Runde Tische zur Wohnungssuche und -versorgung von Geflüchteten statt, die sowohl durch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit & Soziales wie auch durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen geführt wurden. • Aktuelle Pressemitteilung gesondert folgend! <p>Steuerungsgruppe Runder Tisch „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung Geflüchteter“</p> <ul style="list-style-type: none"> • Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement, Sybill Schulz • Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, Willkommenszentrum, Berlin, Nele Alenberg • Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt „Fair mieten – Fair Wohnen“, Dr. Christiane Droste (die Fachstelle wird gefördert aus Mitteln der LADS (Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung) der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung) • Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Ida Bandel 	
<p>Pressemitteilung vom 20.03.2019</p>	<p>(Quelle: https://www.berlin.de/sen/ias/presse/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.794236.php)</p>
<p>Runder Tisch zur Verbesserung der Situation geflüchteter Menschen auf dem Wohnungsmarkt</p> <p>Um bessere Chancen auf dem Wohnungsmarkt und mehr eigenen Wohnraum für Geflüchtete ging es bei dem Runden Tisch „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung Geflüchteter“. Heute wurden Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Öffentlichkeit vorgestellt. Insgesamt tagte der Runde Tisch viermal zwischen Juni und Dezember 2018 unter Vorsitz der beiden Staatssekretäre Daniel Tietze (Integration) und Sebastian Scheel (Wohnen). Staatssekretärin</p>	

Margit Gottstein (Verbraucherschutz und Antidiskriminierung) unterstützte den Runden Tisch im Hinblick auf Diskriminierungen beim Zugang zum Wohnungsmarkt. Ziel des Runden Tisches war es, Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zusammen zu bringen, um die Situation Geflüchteter am sehr angespannten Berliner Wohnungsmarkt fachkompetent zu diskutieren. Es sollten Lösungsansätze entwickelt werden, um den schnelleren Auszug von Geflüchteten aus Unterkünften in Mietwohnungen zu fördern und ihre Chancen auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern. Wenngleich die Suche nach bezahlbarem Wohnraum für viele Menschen in Berlin immer schwieriger wird, haben Asylsuchende und Geflüchtete bei der Wohnungssuche noch mit besonderen Problemen zu kämpfen. Dies war auch die Ausgangsthese des Runden Tisches. Ausgehend vom Wissen um spezifischen Bedarf und Problemlagen wurden unter anderem Zugangs- und Vermittlungshürden beleuchtet, die gerade Asylsuchende bei der Wohnungssuche betreffen. So wurden beispielsweise Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit potentiellen Vermieterinnen und Vermietern sowie mangelnde Informationen über den aufenthaltsrechtlichen Status der Bewerberinnen und Bewerber als häufige Probleme beschrieben. Der Runde Tisch versammelte daher Vertreterinnen und Vertreter der städtischen Wohnungsbaugesellschaften, der Wohnungswirtschaftlichen Verbände, Initiativen und Organisationen zur Unterstützung Geflüchteter sowie die zuständigen Stellen auf Bezirks- und Senatsebene zu vier intensiven Arbeitssitzungen. Ressortübergreifend förderten die beiden Staatssekretäre damit einen zielgerichteten Austausch und ermöglichten die Vernetzung unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure. Verabredet wurde eine stärkere Zusammenarbeit städtischer Wohnbaugesellschaften und Beratungsstellen für Geflüchtete bei der Informationsbereitstellung an sowohl wohnungssuchende Geflüchtete als auch an potentielle Vermieterinnen und Vermieter. Staatssekretär für Integration Daniel Tietze:

„Ich danke allen Beteiligten für die Bereitschaft, sich einem schwierigen Thema in zeitintensiven Sitzungen mit Offenheit und Fachkenntnis gewidmet zu haben. Alle Haupt- und Ehrenamtlichen, insbesondere die Initiativen und Projekte zur Unterstützung Geflüchteter bei der Wohnungssuche, haben großes Engagement bewiesen. Trotz unterschiedlicher Interessen haben sie alle eine große Bereitschaft zur lösungsorientierten Zusammenarbeit gezeigt.“ Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) hat im Jahr 2018 insgesamt 2.142 Asylsuchende in Wohnungen vermittelt, davon 709 Menschen in 362 Wohnungen über das Kontingent „Wohnungen für Flüchtlinge“ (WfF). Sybill Schulz, Leiterin der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement, wertet dies als Erfolg spezieller Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für wohnungslose Asylsuchende. Nun gelte es, auch Geflüchtete, für die die Bezirke zuständig seien, mit neuen Akquisemodellen zur Gewinnung potentieller Vermieter in den Blick zu nehmen. Ein wesentliches Ergebnis des Runden Tisches ist die Vereinbarung, eine Unterstützungs- und Beratungsstruktur zum Thema Wohnungssuche für Geflüchtete auf den Weg zu bringen. Diese soll aus einer zentralen Anlaufstelle und bezirklichen Angeboten bestehen. Durch Beratung sollen insbesondere Informationsdefizite bei Suchenden und Anbietern abgebaut werden. Vermieter sollen bei der Wohnungsvermittlung an Geflüchtete unterstützt und so deren Bereitschaft erhöht werden, an Geflüchtete zu vermieten. Noch in diesem Jahr sollen ein Thementisch (Arbeitsgruppe) zur Strategie- und Konzeptentwicklung bei der Wohnungsakquise für Geflüchtete sowie ein Thementisch zur Optimierung von Behördenprozessen bei der Wohnungsvermittlung oder -anmietung durch Geflüchtete folgen. Staatssekretär für Wohnen Sebastian Scheel:

„Menschen mit Fluchthintergrund haben es bei der Wohnungssuche besonders schwer. Wir haben den Runden Tisch deshalb mit dem Ziel ins Leben gerufen, gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen prüft aktuell die Frage, ob der Kreis der WBS- Empfangsberechtigten, wie vom Flüchtlingsrat vorgeschlagen, ausgeweitet werden kann. Auch die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften leisten bei der Unterbringung von Geflüchteten einen wichtigen Beitrag: Aktuell sind hier rund 2.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten mit weit über 180.000 m² an soziale Träger bzw. an besondere Wohnformen und Zielgruppen vermietet. Wir appellieren aber auch an private Vermieterinnen und Vermieter, diskriminierungsfreie Vermietung sicherzustellen.“ Staatssekretärin für Verbraucherschutz und Antidiskriminierung Margit Gottstein: *„In Berlin haben bereits Doppelverdiener-Haushalte Probleme bei der Wohnungssuche. Das lässt erahnen, welche Herausforderungen*

geflüchtete Menschen bewältigen müssen, um eine Wohnung zu finden. Hinzu kommt, dass geflüchtete Menschen bei der Wohnungssuche häufig mit Diskriminierungen konfrontiert sind. Daher benötigen gerade Geflüchtete besondere Unterstützung bei der Suche nach einer Wohnung. Ich freue mich, dass wir mit dem Runden Tisch entsprechende Hilfsangebote auf den Weg bringen konnten und danke allen, die dieses Projekt unterstützt haben.“

Die drei Staatssekretäre bewerten den Erfolg des Runden Tisches darin, dass es gelungen war, ganz unterschiedliche Akteurinnen und Akteure von der Wohnungswirtschaft über Behörden und Verwaltung bis hin zu flüchtlingspolitischen Initiativen und Fachberatungsstellen ressortübergreifend zu einem drängenden Thema zusammenzubringen. Es wurden sowohl kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation Geflüchteter am Wohnungsmarkt verabredet als auch das Ziel formuliert, langfristig strukturelle Verbesserungen zu erreichen. Eine Steuerungsrunde aus Vertreterinnen und Vertretern der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wird die Umsetzung begleiten und einen Umsetzungsbericht veröffentlichen.

Wesentliche Punkte des runden Tisches und weitere Forderungen

(Quelle: <http://berlin-hilft.com/2019/03/22/wohnung-fuer-fluechtlinge-runder-tisch-forderungen/>)

Zentrale Anlauf- und Beratungsstelle

Vermieter, die grundsätzlich bereit sind, an Flüchtlinge zu vermieten, haben oft Probleme damit, den bürokratischen Weg zu einer geregelten Mietzahlung zu gehen. Oft sind zu viele Ämter eingeschaltet, die den Vermieter*innen nicht immer bekannt sind, die Bearbeitung dauert zu lange und die Voraussetzungen sind nicht genau bekannt.

Bisher werden Wohnungen für Flüchtlinge fast durchgängig von ehrenamtlichen Helfern akquiriert, die auch zu Besichtigungen oder Ämtern begleiten oder auch als Ansprechpartner für Vermieter fungieren. Vermieter vertrauen dem jedoch nicht immer, fürchten, dass eine private Struktur ihre Tätigkeit einstellen könnte oder auch falsche Auskünfte gibt.

Deshalb war eine langjährige Forderung von Uns, dass es eine Stelle geben muss, die unter dem Logo des Landes Berlin aus Sicht von Vermieter*innen verbindliche Auskünfte abgibt und ebenso bei Problemen mit Sozialämtern oder Jobcentern unterstützt und moderiert.

Diese zentrale Anlaufstelle ist nun beschlossen und konkret in Vorbereitung, Umsetzung und soll zum 01.01.2020 beginnen.

Daneben stehen die dezentralen bezirklichen Stellen im Vordergrund. Hierzu sind auch in allen Bezirken Anlaufstellen zur Beratung und auch Akquise vorgesehen. Dabei ist es jedoch aus unserer Sicht wichtig, dass seitens des Senats nicht nur Mittel bereitgestellt werden, sondern auch für eine konkrete und zumindest in den wesentlichen Teilen einheitliche Umsetzung gesorgt wird.

Bisher gab es lediglich in vier von 12 Bezirken entsprechende Angebote, die einerseits durch private Träger oder Initiativen angeboten wurden und andererseits sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Zudem wurde das größte Projekt im Bezirk Mitte zum 31.12.2018 völlig unverständlicherweise auch noch beendet. Es ist also eine Herausforderung, nun nicht nur für ein berlinweites Angebot zu sorgen, sondern auch für eine halbwegs ähnliche Struktur und Qualität.

Nachbesserungen beim WBS für Geflüchtete

Nachdem wir zumindest dafür sorgen konnten, dass Geflüchtete nach Anerkennung schon mit vorläufigen Bescheinigungen zur WBS-Erteilung berechtigt sind, fehlen unverändert bestimmte Gruppen grundsätzlich in der Erteilungsberechtigung während es bei anderen der Realität und dem faktischen Aufenthaltsrecht völlig widersprüchliche Erteilungspraktiken in den Bezirken

gibt. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen will nun eine Erweiterung prüfen. Dabei gibt es ein paar Gruppen von Menschen, bei denen eine Erweiterung der Erteilung dringend notwendig ist:

- Grundsätzlich reicht eine Restlaufzeit von 11 Monaten für die [Aufenthaltserlaubnis](#) zur Beantragung aus. Muss jedoch jemand, der mit einer Restlaufzeit seines Aufenthaltstitels von beispielsweise 24 Monaten den WBS erneuern oder erweitern, wird ihm das mit Verweis auf die zu geringe Restlaufzeit erwehrt, obwohl die [Aufenthaltserlaubnis](#) später verlängert wird.
- Gleiches Problem trifft Familien, deren Asylverfahren nicht gemeinschaftlich verlaufen sind und der eine Ehepartner bereits anerkannt ist, der andere jedoch nicht. Die Erteilung muss dann auch die Familienmitglieder mit erfassen, weil sie ebenso einen Anspruch auf einen Aufenthaltstitel haben, diesen nur später erhalten.
- Dritte Fallgruppe sind anerkannte Flüchtlinge, deren Familienmitglieder einen Nachzugsanspruch haben. Hier muss die Familie mit Erteilung des Visums zum Nachzug zur Erlangung eines WBS für die gesamte Familie berechtigt sein.
- Zudem betroffen sind Menschen, die mit einer Ausbildungsduldung oder zukünftig einer Beschäftigungsduldung einen langjährigen garantierten und erlaubten Aufenthalt erhalten, aber eben keine Aufenthaltserlaubnis besitzen. Auch diese Menschen sowie ihre Familienmitglieder gehören zwingend in den Personenkreis, dem ein WBS zu erteilen ist, weil sie mind. 3 Jahre ab Duldungserteilung in Berlin sein werden.
- Dazu muss es eine Regelung geben, wenn Menschen aus anderen Gründen seit mehr als 18 Monaten in Berlin sind und damit u.U. auch Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis haben.

Zum besseren Verständnis noch Folgendes: Ein WBS ist kein „Wohnungsbezugsschein“, sondern erteilt nur eine Berechtigung zur Anmietung einer Sozialwohnung. Die reine Erteilung eines WBS bedeutet nicht, dass eine Wohnung auch angemietet werden kann, sondern nur, dass man sie anmieten darf. Zudem sind diese Menschen oft in Unterkünften des LAF oder auch in Wohnungslosenunterkünften wie Hotels, Hostels oder anderen gewerblichen Unterkünften untergebracht, die mit Tagessätzen von z.B. € 25 pro Tag und Person um ein Vielfaches teurer sind als eine Wohnung. Berlin muss alleine aus diesem Grund ein Interesse daran haben, Menschen mit Fluchthintergrund die Anmietung von Wohnungen zu ermöglichen.

Vorschlag: Programm für private Vermieter wie „Geschütztes Marktsegment“

Für große städtische Vermieter gibt es ein Kooperationsprogramm. Hierin verpflichten sich Wohnungsbaugesellschaften zur Zurverfügungstellung von Wohnungen in diesem Segment an bedürftige und berechtigte Personen, erhalten jedoch gleichzeitig auch eine Absicherung durch das Land Berlin für entstandene Schäden aus unterbliebenen Mietzahlungen oder Schönheitsreparaturen.

Ein ähnliches Programm bzw. derartige Vereinbarungen mit privaten Vermietern würde sicher helfen, die Bereitschaft zur Verfügungstellung von Wohnungen zu erleichtern.

Das geschützte Marktsegment umfasst 1.350 Wohnungen pro Jahr. Die Inanspruchnahme von Schadensersatzleistungen durch Vermieter ist in Relation verschwindend gering (Größenordnung nach unserer Kenntnis < € 30.000 in 2017). Hier könnte über eine relativ preiswerte Absicherung privater Vermieter deutlich mehr Wohnraum erschlossen werden.

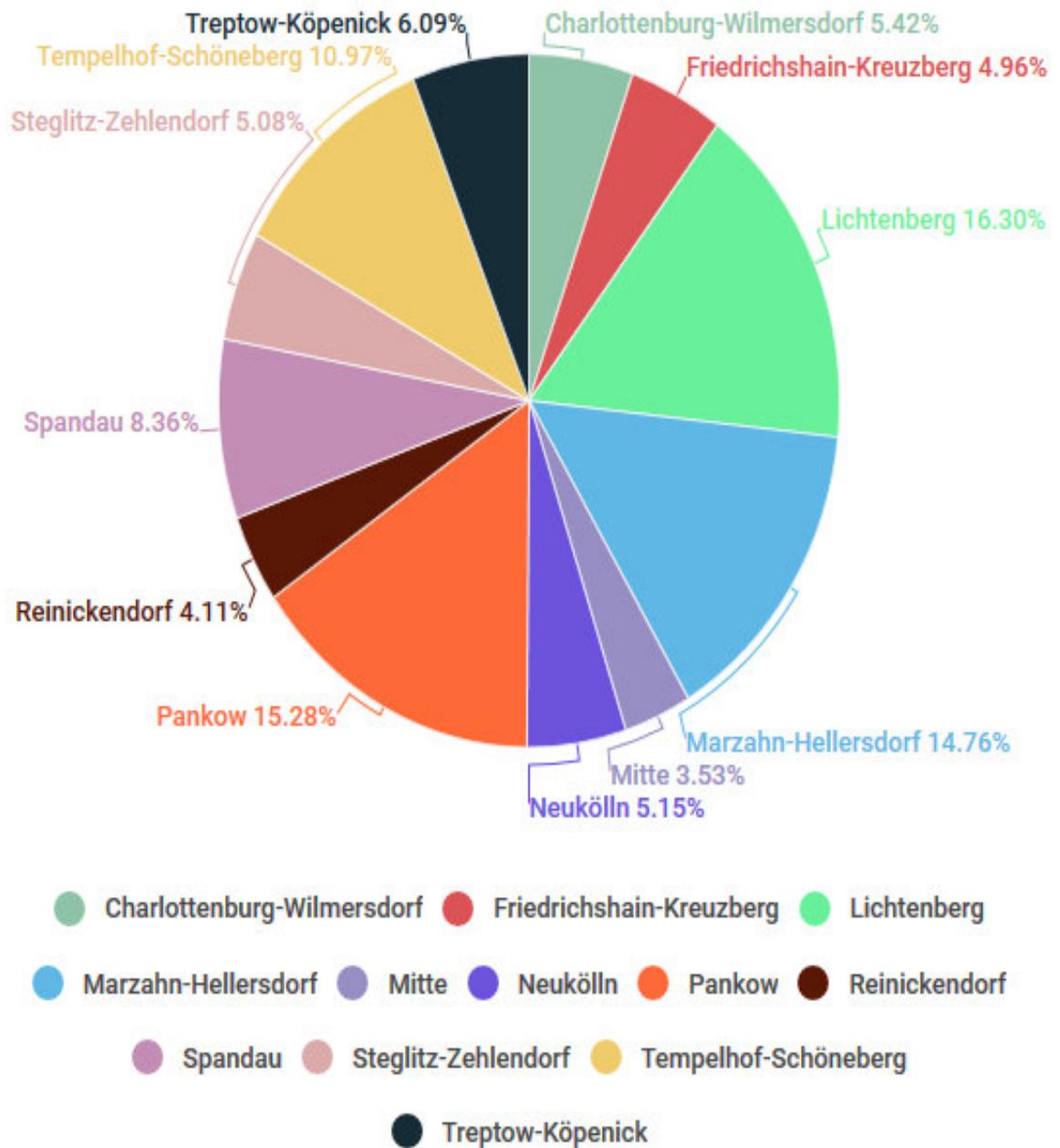
Info-Portal

Über alle Informationen zur Anmietung von Wohnungen bzw. auch zum Anbieten von Wohnungen an Geflüchtete soll es eine Online-Sammlung von Informationen, Hilfestellungen, Ratgebern und Merkblättern geben. Dies wurde auch so vom Runden Tisch beschlossen.

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten - LAF	<i>Verwaltung</i>
<p>Welche Aufgaben übernimmt das LAF im Bereich Unterbringung?</p> <p>Das LAF ist für den Betrieb, die Belegung und die Schließung von Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge, Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Ausländerinnen und Ausländer verantwortlich. Die damit verbundenen Aufgaben verteilen sich im LAF auf die Abteilungen II (Verwaltung von Unterkünften), III (Strategische Entwicklung) und Zentraler Service – ZS (Vergabe). Dazu gehören folgende Tätigkeitsfelder:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durchführung von Vergabeverfahren von Dienstleistungen in Flüchtlingsunterkünften (Betrieb, Sicherheit, medizinische Versorgung über Med-Punkte) • Vertragsverhandlungen • Begleitung der Bautätigkeit von neuen Unterkünften, bauliche Abnahme • Ausstattung und Belegung neuer Unterkünfte • Schließung von Unterkünften • Sachbearbeitung im laufenden Betrieb • Überprüfung der mit den Betreibern vertraglich vereinbarten Leistungen (Qualitätssicherung) • Betrieb und Aktualisierung der berlinweiten Buchungssoftware für Unterkunftsplätze <p>Welche Rolle spielt das LAF beim Bezug von Mietwohnungen?</p> <p>Nach Ablauf der Wohnverpflichtung in einer Aufnahmeeinrichtung können sich Asylbegehrende bereits im laufenden Asylverfahren eine Wohnung zur Miete suchen. Die Mietkosten werden bei Bedürftigkeit innerhalb fester Obergrenzen (vgl. Tabelle AV-Wohnen) vom LAF übernommen. Das Mietsachgebiet des LAF prüft und bescheidet die eingereichten Mietangebote.</p>	<p>Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten Darwinstraße 14-18 10589 Berlin</p> <p>Besucheranschrift: Goslarer Ufer 15 10589 Berlin</p> <p>Postanschrift: Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten Postfach 30 14 09 10721 Berlin</p> <p>Haben Sie Fragen? Wohnen - Flüchtlingsunterbringung in Berlin</p> <p>Ihr Ansprechpartner ist: Geschäftsstelle Abteilung II (Unterkünfte) Martin-Hoffmann-Straße 20 - 21 12435 Berlin</p> <p>Tel.:030 90225 126 Unterkuenfte@LAF.Berlin.de</p>

Verteilung der Geflüchteten auf die Berliner Bezirke in Prozent

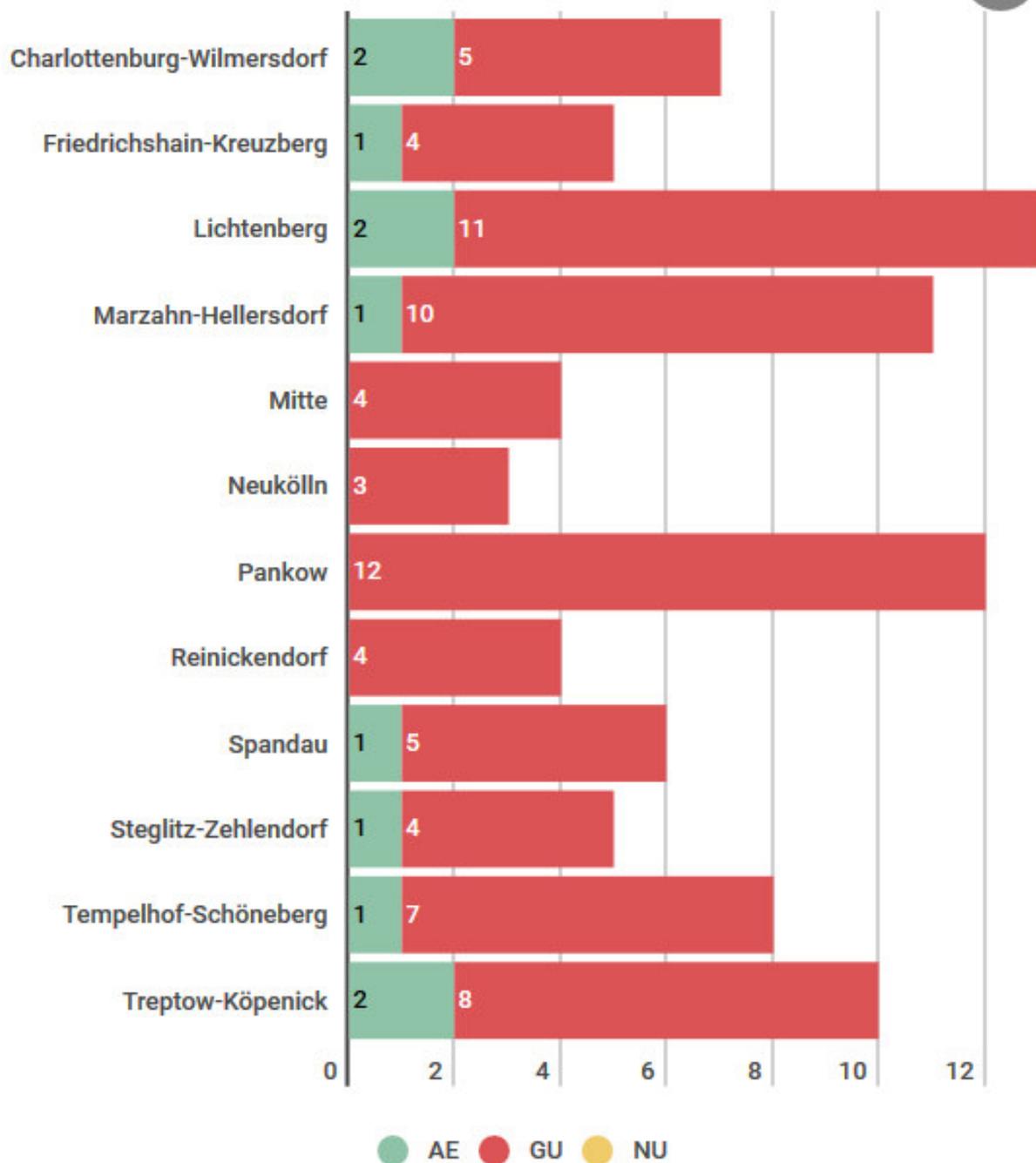
(<https://www.berlin.de/laf/wohnen/allgemeine-informationen/aktuelle-unterbringungszahlen/artikel.630901.php>)



Unterkünfte nach Bezirk und Art der Unterkunft:

((Quelle:<https://www.berlin.de/laf/wohnen/allgemeine-informationen/ueberblick-fluechtlingsunterkuenfte/artikel.629241.php>))

AE=Aufnahmeeinrichtung - GU=Gemeinschaftsunterkunft - NU=Notunterkunft



Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales

Wohnkosten für arbeitende Geflüchtete (Eigenanteils-/Selbstzahler*innen)

Stand: 12. Oktober 2018

Beim Thema Wohnkosten für arbeitende Geflüchtete haben die Senatsverwaltungen für Integration, Arbeit und Soziales sowie Finanzen eine gerechte und sozialverträgliche Lösung gefunden. Mit dieser integrationsfördernden Lösung wollen wir einen Anreiz dafür setzen, dass Menschen eine Arbeit aufnehmen oder eine Ausbildung beginnen. Geflüchtete, die in LAF-Unterkünften untergebracht sind, müssen sich zukünftig nur mit einem begrenzten Betrag (Eigenanteil) an den Kosten ihrer Unterbringung beteiligen, wenn sie Einkommen haben oder Studierende bzw. Auszubildende sind.

Dieser beträgt max. 344 Euro für eine Person, max. 590 Euro für zwei Personen, max. 738 Euro für drei Personen und max. 984 Euro für 4- und Mehr-Personen. Ab der fünften Person wird der Beitrag gekappt. Bei Studierenden und Auszubildenden, die keine Leistungen nach dem AsylbLG, SGB II oder SGB XII beziehen, beträgt der Eigenanteil nur 210 Euro. Er ist damit geringer als die Wohnkostenpauschale des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) oder der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB).

Diese Übergangslösung soll zum 1. Januar 2019 in Kraft treten. Sie ist der erste Schritt auf dem Weg zu einer Nutzungsentgeltverordnung, die das Land Berlin erarbeiten will. Das hat folgenden Hintergrund:

Viele wohnungslose Geflüchtete verbleiben mangels bezahlbaren Wohnraum nach Abschluss des Asylverfahrens (sog. Statusgewandelte) in den Unterkünften des LAF.

Bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Ausbildung bzw. eines Studiums müssen sich die Menschen teilweise an den Unterbringungskosten beteiligen. Sie sind „Aufstocker“ im Leistungsbezug (sog. Eigenanteilszahler*in) oder haben bedarfsdeckendes Einkommen (sog. Selbstzahler*in). Auch Studierende und Azubis, die keine Sozialleistungen mehr erhalten, können Selbstzahler*innen sein. Da die Unterbringungskosten in Berlin sehr hoch sind, bedeutet dies für die untergebrachten Menschen nicht selten eine finanzielle Überforderung. Das jetzige Verfahren ist nicht integrationsfördernd. Wir wollen Menschen in Arbeit und Ausbildung bringen. SenIAS arbeitet deshalb mit vielen Beteiligten an einer gerechten und für die Betroffenen bezahlbaren Lösung. Die Lösung hat zwei Schritte: Eine Nutzungsentgeltverordnung und bis dahin eine Übergangslösung.

Bis 2020 wollen wir eine Nutzungsentgeltverordnung für LAF-Unterkünfte erarbeiten. Bei öffentlichen Einrichtungen, zu denen auch Wohnungslosenunterkünfte wie die LAF-Unterkünfte zählen, müssen nach dem Berliner Beitrags- und Gebührengesetz Gebühren erhoben werden.

Eine Gebührenhöhe muss einen sinnvollen Ausgleich zwischen dem Sozialstaats- und dem Kostendeckungsprinzip

Übersicht Wohnkosten für arbeitende geflüchtete Menschen:

<https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwjrdzhquvAhUDEVA-KHXmvDb8QFjABegQIBxAC&url=https%3A%2F%2Fwww.berlin.de%2Fba-pankow%2Fpolitik-und-verwaltung%2Fbeauftragte%2Fintegration%2Finformation%2Fwohnkosten-arbeitende-gefluechtete-in-laf-unterkueften.pptx&usq=AOvVaw283217163ljGFnLCsoMJ5S>



Pressemitteilung / Stellungnahme DBSH Berlin: Wohnkosten für arbeitende Geflüchtete in Gemeinschaftsunterkünften zu hoch

https://dbsh-berlin.de/images/PdF/PM_080318_Selbstzahler_LV_Berlin_Internet.pdf

schaffen. Sie darf keine Kosten für Leerstand, Betreuung oder Bewachung auf die Nutzer*innen umlegen. Eine Gebühr darf sich nicht an den Richtwerten der AV Wohnen orientieren, weil Wohnen und Unterbringung nicht dasselbe ist. Wegen des Sozialstaatsgebots müssen zudem Minderungen bei den umlagefähigen Kosten geprüft werden. Kriterien dafür u.a. der Unterkunftsstandard, die Größe der Bedarfsgemeinschaft oder auch die Höhe des Einkommens sein.

Bis zum Inkrafttreten einer Nutzungsentgeltverordnung haben wir unter Mithilfe von Jobcentern, der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, des LAF und der Senatsverwaltung für Finanzen im Interesse der Nutzer*innen eine Übergangslösung anhand der vorgenannten Grundsätze erarbeitet.

Derzeit betragen die umlagefähigen Kosten in LAF-Unterkünften ca. 492 Euro im Monat je Bewohner*in. Der von den untergebrachten Personen maximal zu zahlende Eigenanteil wird wegen des geringeren Unterkunftsstandards (30%-Abschlag) und anhand der Größe der Bedarfsgemeinschaft (in der Regel 10 % Abschlag je Haushaltsangehörige) auf den o.g. Maximalbetrag begrenzt.

Die meisten Aufstocker*innen werden diesen maximalen Betrag nicht, sondern einen geringeren Betrag zahlen. Denn eine Person muss schon rund 1.200 Euro netto verdienen, um den Deckelungsbetrag von 344 Euro zu erreichen. Bei zwei Personen wären es ein Einkommen von ca. 2.000 Euro netto, um den Maximalbetrag von 590 Euro zu erreichen.

Um die Übergangslösung umzusetzen, sind noch Verfahrensschritte mit den Jobcentern, Sozialämtern, dem LAF und den Betreibern abzustimmen. Aber schon jetzt ist klar, dass es eine neue Kostenübernahmeerklärung für die Jobcenter und Sozialämter geben wird, in der der Eigenanteil ausgewiesen wird. Das LAF wird zukünftig der untergebrachten Person eine Rechnung in Bezug auf den Eigenanteil stellen. Neu ist auch, dass die untergebrachte Person sich im Rahmen eines Schuldanerkenntnisses verpflichtet, an das LAF den Eigenanteil für die Unterbringung zu zahlen.

Wir wissen, dass das für die Betroffenen, die Beschäftigten in den Leistungsbehörden und für die Betreiber neu und erst mal aufwändig sein wird. Wir hoffen aber bei allen Beteiligten auf eine tatkräftige Unterstützung. Denn nur so können wir die Bewohner*innen sinnvoll entlasten.

Auch die Selbstzahler*innen sollen in den Unterkünften des LAF verbleiben können, solange sie keine Wohnung finden. Für diesen Personenkreis ist ein ähnliches Verfahren wie für die „Aufstocker*innen“ angedacht. Nur mit dem Unterschied, dass sie beim LAF versprechen sollen. Die Betreiber sollen die Unterbringung von Selbstzahler*innen auch vergütet bekommen. Daran hakte es in der Vergangenheit teilweise.

Dieses Verfahren wollen wir alsbald in Infoblättern gegenüber den untergebrachten Menschen, den Betreibern und gegenüber den Leistungsbehörden detailliert darstellen. Wir wollen Kontakt aufnehmen mit den bezirklichen Flüchtlingskoordinator*innen und den Helfer-Initiativen und hoffen auf eine gute Umsetzung für die Betroffenen.

Definitionen des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten:

EAE Erstaufnahmeeinrichtungen

Vollverpflegung, umfassende Beratungsleistungen

GU 1 + GU 2 Klassische Gemeinschaftsunterkünfte

Selbstverpflegung, Beratungsleistungen

z.B. MUF 1.0

GU 3 Gemeinschaftsunterkünfte mit Appartementstruktur

Selbstverpflegung, eingeschränkte Beratungsangebote

z.B. MUF 2.0

Unterbringungsformen

Bestandsgebäude

Flüchtlingsunterbringung in Bestandsgebäuden

Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) nutzt nicht nur speziell zur Flüchtlingsunterbringung errichtete Gebäude, sondern auch eine große Anzahl von bereits zuvor existierenden Immobilien („Bestandsgebäuden“), die entsprechend umgenutzt wurden. Es handelt sich dabei um unterschiedliche Gebäudearten wie Gewerbebauten, Bürogebäude bis hin zu ehemaligen Kliniken oder Pflegeheimen. Mit Stand vom 01.02.2018 dienten dem LAF 76 Bestandsgebäude zur Unterbringung von Flüchtlingen. Sie machen 75 Prozent der landeseigenen Unterkünfte aus und stellen 77 Prozent der Unterbringungskapazitäten. Sie sind daher außerordentlich wichtig für die Erfüllung der Aufgaben des LAF.

Vor- und Nachteile der Nutzung von Bestandsgebäuden

Aufgrund des weiterhin großen Bedarfs an Unterbringungsplätzen stellen die Bestandsgebäude eine wichtige Säule der landeseigenen Unterkünfte dar. Dabei müssen die Grundrisse zum Teil an die die neue Nutzung als Unterkunft baulich angepasst werden. Diese Umbauten verursachen zwar Kosten, sind jedoch meist günstiger als ein Neubau.

Durch die Neunutzung als Flüchtlingsunterkunft erhalten leer stehende Gebäuden wieder eine Verwendung und Stadtquartiere werden wieder belebt. Dabei erfolgt im Gegensatz zum Neubau keine zusätzliche Flächenversiegelung. Auch städtebaulich ist die Nutzung von Bestandsgebäuden als Unterkunft – etwa eine leerstehende ehemalige Klinik – ein Vorteil. Denn Leerstand bedeutet häufig Verfall, die Nutzung und damit verbundene teilweise Sanierung trägt dagegen zur Erhaltung des Stadtbilds und des städtebaulichen Gefüges bei.

Wohnformen und Betreuungsschlüssel

Das LAF stellt den Geflüchteten unterschiedliche Wohn- und

(Quelle:

<https://www.berlin.de/laf/wohnen/allgemeine-informationen/bestandsgebäude/>)



Wohnungen für alle statt immer neuer Obdachlosenunterkünfte Forderungen des Flüchtlingsrats Berlin an den Senat, die Bezirke und die Wohnungswirtschaft -Stand 19. Juli 2018 und 20.03.2019

http://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/FR_Wohnungenstatt_Lager_Juli2018.pdf

http://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/pm_runder_tisch_wohnungen_fuer_gefluechte.pdf

<p>Betreuungsformen bereit. Am Anfang geht es in erster Linie um den Schutz vor Obdachlosigkeit und die Hilfe bei der Neuorientierung. Deshalb gibt es in Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) mehr Betreuungspersonal als in späteren Wohnformen. Im Laufe des Eingliederungsprozesses steht immer mehr das eigenständige Wohnen im Vordergrund. Die Betreuung wird schrittweise reduziert bis hin zu Beratungsangeboten nach Bedarf. Entsprechend ändert sich auch der Anteil an Sozial- und Gemeinschaftsräumen in den Unterkünften.</p> <p>Dieser ist in Erstaufnahmeeinrichtungen (EAE) mit ihrem hohen Betreuungsbedarf noch entsprechend hoch, bei Gemeinschaftsunterkünften mit Wohnungsgrundrissen gelten jedoch bereits weitgehend die Bestimmungen des sozialen Wohnungsbaus. Weil immer noch viele Unterkunftsplätze gebraucht werden, ist die Belegung der Unterkünfte aber höher als im Sozialen Wohnungsbau. Das gilt für alle Unterkunftsarten.</p>	
<p>Tempohomes</p> <p>Was sind „Tempohomes“?</p> <p>Als „Tempohomes“ werden die Wohncontaineranlagen zur Unterbringung von Geflüchteten bezeichnet, die seit Mai 2016 im Berliner Stadtgebiet errichtet werden. Die Nutzung ist in der Regel für einen Zeitraum von 3 Jahren ab Betriebsbeginn vorgesehen.</p> <p>Wer baut die Tempohomes? Wer betreibt die Tempohomes? Wie viele Tempohomes werden mit wie vielen Plätzen entstehen? Wie sieht ein Tempohome-Standort aus? Wie sind die Tempohomes ausgestattet? Wie sind die Außenanlagen gestaltet? Wer hat die Standorte ausgewählt? Wer hat die Baugenehmigung erteilt? Wie ist der Brandschutz geregelt? Wie lange sollen die Tempohomes bestehen? Wurden Eingriffs- und Artenschutzgutachten erstellt? Wie wird die Integration in den Stadtteil sichergestellt?</p>	<p>Mehr Infos: Tempohomes FAQ https://www.berlin.de/laf/wohnen/allgemeine-informationen/tempohomes-faq/</p>
<p>Modulare Unterkünfte</p> <p>Was ist ein MUF?</p> <p>Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF) sind qualitativ hochwertige Gebäude, die aus vorgefertigten Beton-Modulen errichtet werden. Durch die modulare Bauweise kann ein Gebäude in guter, dauerhafter Qualität in relativ kurzer Bauzeit fertig gestellt werden. Die Gebäude haben eine Herstellergarantie von 80 Jahren</p> <p>Wer ist Bauträger der MUF? Wie viele MUF entstehen derzeit in Ber-</p>	<p>Mehr Infos: Modulare Unterkünfte https://www.berlin.de/laf/wohnen/allgemeine-informationen/modulare-unterkuenfte/</p>

lin?
 Wie lange dauert der Bau?
 Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (MUF)
 Wie viele Menschen können in einer modularen Unterkunft wohnen?
 Welche Gebäude gehören zu einem modularen Wohnheim (Amtsentwurf)?
 Welche „Lebensdauer“ haben die Gebäude?
 Wie ist die unmittelbare Umgebung der MUF gestaltet?

MUF 2.0
Anforderungen an die MUF 2.0:

- Mischung unterschiedlich großer Wohnungen (Mix) in einem Gebäude

Wohnungsmix	Prozentualer Anteil am Wohnungsmix	Belegung	Verteilung der Bewohner Annahme	Verteilung der Bewohner prozentual	Erläuterungen
1-Zi.-WE	5%	2	10	2%	Besonders schutzbedürftig, Bedarf an Einzelbelegungsmöglichkeiten
2-Zi.-WE	40%	4	160	35%	Belegung 4-er alleinstehenden WG's (Alleinstehende hoch große Gruppe) Zwei Schlafräume + Küche mit Essplatz + Bad
3-Zi.-WE	25%	4 bis 6	100	22%	Belegung mit Familien oder 4-6-er alleinstehenden WG's / Drei Schlafräume + Küche mit Essplatz + Bad / der Schlafraum neben der Küche kann später als Wohnraum mit der Küche zusammengelegt werden.
4-Zi.-WE	25%	6 bis 8	150	33%	Belegung mit Familien / Vier Schlafräume + größere Küche mit Essplatz + Bad (+ zusätzl. WC) der Schlafraum neben der Küche kann später als Wohnraum mit der Küche zusammengelegt werden.
5-Zi.-WE	5%	8 bis 9	40	9%	Belegung mit Familien / Vier Schlafräume + Wohnzimmer + Küche mit Essplatz + Bad + zusätzl. WC / der Schlafraum neben der Küche kann später als Wohnraum mit der Küche zusammengelegt werden.
GESAMT	100%	2 bis 9	460	100%	

- Nutzung für Familien und Wohngemeinschaften
- abgeschlossene Küche mit Essplatz für alle Bewohner (GU)
- Zimmer mindestens 14 qm für 2 Bewohner (Belegung als GU)
- keine Durchgangszimmer (GU)
- konventionelle Möblierung möglich (Wohnung)
- reduziertes Betreuungsangebot
- Mittelgangerschließung und zwei bauliche Rettungswege
- (keine Feuerwehru- oder Umfahrt erforderlich)
- Tragende Fassaden und Innenstützen mit Raster 3,12 und 3.75 m
- (nicht tragender Innenausbau möglich, Raster deckt alle Raumtypen ab)
- Kopftyp mit vertikaler Erschließung und Zwischentyp
- (erlaubt Kombinationen „Small“, „Medium“ und „Large“)
- Erdgeschoss für barrierefreie Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen

(Gemeinschaftliche Wohnzentren für Asylbegehrende und Asylberechtigte MUF 2.0 Murtzener Ring 68, Marzahn-Hellersdorf Stand: Nach Bürgerdialog im September 2018 SenSW V AbtL 16.10.2018)

MUF 2.0 (Quelle:<https://www.berlin.de/laf/wohnen/allgemeine-informationen/muf-2-0/>)

Aktuelle Situation

Der Senat hat Ende März 25 Standorte für neue modulare Unterkünfte (siehe Folgeblatt Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Finanzen) für Geflüchtete, MUF, im gesamten Stadtgebiet beschlossen und veröffentlicht. Die Standorte sind auf das ganze Stadtgebiet, verteilt. Dem Beschluss sind Abstimmungen zwischen Senat und Bezirken nach geeigneten Flächen vorausgegangen. Nach einer ersten Befassung im Senat am 13. Februar hatten die Bezirke Gelegenheit, geeignete Alternativen zu nennen, die, wenn sie geeignet waren, berücksichtigt wurden.

MUF in Berlin

In der Senatssitzung am 23.2.2016 hat der damalige Senat beschlossen, Flüchtlinge in sogenannten modularen Unterkünften für Flüchtlinge – MUF – unterzubringen. Dabei handelt es sich um Wohnhäuser mit einer Lebensdauer von 50 bis 60 Jahren.

MUF 2.0 ist die zweite Generation der modularen Unterkünfte für Geflüchtete, die in der Senatssitzung im Jahr 2016 beschlossen wurden. Insgesamt entstehen somit 53 modulare Bauten zur Flüchtlingsunterbringung im Land Berlin. Aktuell sind elf MUF fertiggestellt, die weiteren befinden sich im Bau oder Planung.

Prognose

Nach den Berechnungen des Berliner Senats fehlen in Berlin bis Ende 2020 rund 19.000 Plätze für die Unterbringung von wohnungslosen Menschen, darunter auch von Geflüchteten. Dabei wurde mit einbezogen, dass Notunterkünfte aufgegeben werden und auch die sogenannten Tempohomes wieder freigezogen werden müssen. Zudem floss in die Berechnung ein, dass derzeit monatlich zwischen 600 und 700 Geflüchtete nach Berlin kommen. Wir benötigen also weiterhin Unterbringungsmöglichkeiten.

Historie

Gespräche mit Bürgermeistern

Bereits im Sommer 2017 begannen Gespräche zwischen dem Senat und allen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern über mögliche geeignete Standorte und die Prioritäten der Bezirke. Dabei ging es um die Verfügbarkeit der Grundstücke, deren planungsrechtliche Einschätzung sowie die städtebauliche und sozialräumliche Eignung.

Senatsbeschluss

Mitte Februar 2018 befasste sich der Senat zum ersten Mal mit den in Frage kommenden Grundstücken. Den Bezirken wurde anschließend Gelegenheit gegeben, bis zum Ende des Monats alternative Grundstücke zur Prüfung zu benennen. Einige Bezirke haben davon auch Gebrauch gemacht. Diese Grundstücke wurden wiederum in einem Schnellverfahren geprüft und sind – soweit sie geeignet waren – im Beschluss des Senats vom 27. März 2018 auch berücksichtigt worden.

Prüfung der Standorte

Tiefenprüfung

Auch wenn dieser Senatsbeschluss der entscheidende zur Festlegung der Standorte war, muss jetzt noch eine Tiefenprüfung der Standorte erfolgen. Es geht dabei vor allem darum, ob auch alle planungsrechtlichen und bautechnischen Voraussetzungen für den Bau der Modula-

ren Unterkünfte an den jeweiligen Standorten erfüllt sind.

Bauplanung

Der Senat wird nun in Abstimmung mit den Bezirken den weiteren Planungsprozess zu den einzelnen Standorten begleiten. Dabei ist von sehr unterschiedlichen Zeiträumen auszugehen. Bei einem Grundstück muss beispielsweise erst der Ankauf durch das Land Berlin abgesichert werden, bei anderen Grundstücken sind planungsrechtliche Voraussetzungen sowie die Einbeziehung in bereits vorhandene städtebauliche Planungen des Senats und der Bezirke zu klären.

Wann gibt es Informationen für Anwohnende?

Je nach Stand der Planung einer MUF werden Anwohnerversammlungen durchgeführt. Doch das macht erst Sinn, wenn genauere Angaben zur Größe und Beschaffenheit der Unterkunft für Geflüchtete und zu den Abstimmungen mit den Bezirken und Initiativen vor Ort möglich sind.

Wer baut die MUF?

Die Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge werden von den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen errichtet.

Wer wird in den MUF 2.0 leben?

Zunächst werden hier Geflüchtete untergebracht. So schnell wie möglich soll dieser neu geschaffene Wohnraum auch anderen wohnungssuchenden Berlinerinnen und Berlinern zur Verfügung stehen. Mit den modularen Bauten wird also weiterer, in unserer Stadt so dringend benötigter bezahlbarer Wohnraum geschaffen.

Ziel des Senats ist es, in allen Fällen, integrative Lösungen zu erreichen. Das gilt für die zu errichtenden MUF und deren spätere Nutzung als bezahlbarer Wohnraum für alle ebenso wie für den Zugang von Geflüchteten zu Wohnungen in anderen Wohnungsbauprojekten.

Senat beschließt Standorte für modulare Flüchtlingsunterkünfte MUF 2.0 **27.03.2018 13:52**

(Quelle: <https://www.berlin.de/sen/finanzen/presse/nachrichten/artikel.688079.php>)

Der Senat hat sich in seiner heutigen Sitzung abschließend mit weiteren Standorten für modulare Flüchtlingsunterkünfte befasst. 25 Standorte, verteilt auf das ganze Stadtgebiet, wurden verbindlich festgelegt. Nach einer ersten Befassung im Senat am 13. Februar hatten die Bezirke Gelegenheit, geeignete Alternativen zu nennen, wo sie dies für erforderlich hielten. Dem trägt die jetzt von Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, sowie Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher eingebrachte Senatsvorlage Rechnung.

Der heute beschlossenen Standortliste sind Abstimmungen mit den Bezirken über die Suche nach geeigneten Flächen und Standorten vorausgegangen. Nach der Senatsbefassung Mitte Februar haben die meisten Bezirke die Gelegenheit genutzt, weitere Hinweise zu geeigneten Standorten zu geben bzw. Änderungsvorschläge zu machen. Diese wurden berücksichtigt, soweit sie geeignet waren. Jeder Standort soll bis zu 500 Geflüchtete aufnehmen können. Lediglich in Neukölln wird es insgesamt drei Standorte geben, einen mit regulärer Größe und zwei kleinere Standorte für jeweils ca. 250 Menschen. Damit ist auch die Umsetzung der zweiten MUF-Tranche gewährleistet, wie in der Senatssitzung am 23.2.2016 beschlossen. Insgesamt entstehen somit 54 modulare Bauten zur Flüchtlingsunterbringung im Land Berlin. Aktuell sind zwölf MUF fertiggestellt, weitere 17 befinden sich in der Umsetzung.

Senatorin Elke Breitenbach: „Senat und Bezirke haben über die Standortvorschläge beraten, auch kontrovers. Alle Wünsche wurden berücksichtigt, sofern sie geeignet waren. Nun haben wir eine verbindliche Planungsgrundlage und können den neuen, so dringend benötigten Wohnraum errichten. Damit schaffen wir ausschließlich Wohnungen für Geflüchtete. Wo es möglich ist, werden wir aber gemeinsam mit den Bezirken Konzepte entwickeln und sofort bezahlbaren Wohnraum für alle anbieten können. Andere der modularen Bauten werden dann später zu günstigen Mieten weiteren Wohnungssuchenden offenstehen.“

Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz-Ahnen: „Mit der jetzt erzielten Festlegung weiterer Standorte gelingt eine sehr viel gleichmäßigere Verteilung der unterzubringenden Menschen auf das gesamte Stadtgebiet. Bei der Identifizierung und Abstimmung geeigneter Standorte haben sich gerade auch die Bezirke nach der ersten Senatsbefassung für die Prüfung weiterer, aus ihrer Sicht besser geeigneter Lösungen eingesetzt. Ich setze darauf, dass die ersten Baumaßnahmen umgehend begonnen werden.“

Senatsbaudirektorin Regula Lüscher: „Die auf den nun abgestimmten Standorten zu errichtenden MUF stellen eine Weiterentwicklung des bisher gebauten Typenentwurfs dar. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und die Städtischen Wohnungsbaugesellschaften bauen damit Wohngebäude von hoher gestalterischer Qualität in einer schnellen Bauweise zu angemessenen Kosten, die später auch den Berlinerinnen und Berlinern zur Verfügung stehen.“

Die ausgewählten Standorte liegen vorwiegend im Vermögen der Bezirke. Weiterhin handelt es sich um Treuhandvermögen des Liegenschaftsfonds und um Eigentum des Bundes. Außerdem wurden Grundstücke landeseigener Unternehmen und städtischer Wohnungsbaugesellschaften berücksichtigt. Ein Grundstück ist privat und soll erworben werden. Die neuen MUF 2.0 sind für die Wohnraumversorgung von Bedeutung, da diese zunächst für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt und später dem regulären Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Der Senat stärkt damit das Angebot an öffentlichem Wohnraum. Zu den Baumaßnahmen des Landes gehören auch sogenannte Tempohomes (Wohncontainer), von denen 22 fertiggestellt sind. Dieses Unterbringungskonzept wird aber nicht weiterverfolgt, um dauerhafte Wohnungslösungen mit Nachnutzungsperspektive zu erreichen.

Weitere Informationen auf der LAF Seite:

Informationen für Flüchtlinge

- Wie werde ich untergebracht?
- Wer bezahlt meine Unterkunft?
- Wer hilft mir, wenn ich Fragen oder Probleme habe?
- Wo kann ich Missstände in meiner Unterkunft melden?
- Kann ich auch in eine Wohnung ziehen?

Der Weg zur eigenen Wohnung

- Ich möchte eine Wohnung mieten. Was ist der erste Schritt?
- Wie teuer darf eine Wohnung sein?
- Was muss ich tun, damit das LAF die Mietkosten übernimmt?
- Was gehört zu einem vollständigen Mietangebot?

Ihre Ansprechpartner/innen:

Elke Köpp
Dr. Malte Wessels
 Annahme und Vermittlung
 von Wohnraum
 Tel.: 030 902252056
 Tel.: 030 902252098
 Email: Mietsachge-
 biet@LAF.Berlin.de

Das Flüchtlingsbürgeramt?

Alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland müssen ihren Wohnsitz behördlich anmelden. Dies erfolgt in Berlin bei den Bürgerämtern. Wenn Sie Ihre Leistungen vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) beziehen und in einer Unterkunft des LAF wohnen, ist je nach Ihrem Wohnort eines von

Flüchtlingsbürgeramt in Mitte
 Rathaus Tiergarten
 Mathilde-Jacob-Platz 1
 10551 Berlin
 zuständig für die Bezirke:
 Mitte, Friedrichshain-

<p>zwei Flüchtlingsbürgerämtern für Sie zuständig. Ist das Asylverfahren abgeschlossen und wohnen Sie nicht (mehr) in einer Unterkunft des LAF oder haben eine Mietwohnung, sind alle bezirklichen Bürgerämter in Berlin für Sie zuständig. Sie haben dann die freie Wahl unter allen Bürgerämtern.</p> <p>Kurz zusammengefasst: Wenn Sie in einer Unterkunft des LAF leben, übernimmt der Betreiber der Unterkunft die Anmeldung für Sie. Leben Sie in einer Mietwohnung, müssen Sie sich selbst um Ihre Anmeldung kümmern.</p> <p>Wenn Ihr Asylverfahren abgeschlossen ist und Sie eine Anerkennung als Flüchtling erhalten haben, können Sie Ihre Angelegenheiten in jedem beliebigen Bürgeramt erledigen. Zuständigkeiten der Berliner Flüchtlingsbürgerämter</p>	<p>Kreuzberg, Neukölln, Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf, Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Reinickendorf, Treptow-Köpenick</p> <p>Flüchtlingsbürgeramt in Charlottenburg-Wilmersdorf Bürgeramt Hohenzollerndamm Hohenzollerndamm 177 10713 Berlin zuständig für die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Spandau</p>
<p>Das Programm Wohnungen für Flüchtlinge (WfF)</p> <p>Das Programm richtet sich an Flüchtlinge, die aufgrund besonderer Härten auf aktive Unterstützung bei der Wohnungssuche angewiesen sind. Durch eine Kooperation mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften steht dafür jährlich ein Kontingent an geeigneten Wohnungen für die Vermittlung an Flüchtlinge zur Verfügung.</p> <p>Die Voraussetzungen für die Aufnahme in das WfF-Programm sind der Bezug von Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz durch das LAF und die Einstufung als Härtefall.</p> <p>Die formale Feststellung besonderer Schutzbedürftigkeit gemäß Art. 17 EU-Aufnahmerichtlinien ist keine notwendige Voraussetzung für die Registrierung als Härtefall. Geprüft werden die Besonderheiten des Einzelfalls.</p> <p>Wie kann ich mich um eine Wohnung aus dem WfF-Programm bewerben?</p> <p>Der Antrag auf Aufnahme in der WfF-Programm kann formlos gestellt werden.</p> <p>Es besteht die Möglichkeit, die Registrierung beim regulären Vorsprachetermin im LAF-Leistungszentrum direkt beim LAF-Mietsachgebiet, im Rahmen der unten genannten Sprechzeiten, auf schriftlichem Wege oder per E-Mail Mietsachgebiet@LAF. Berlin.de zu beantragen.</p> <p>In jedem Fall sind zur Unterstützung des Antrages ärztliche Atteste bzw. Gutachten beizufügen.</p> <p>Es gibt keine Garantie für die Vermittlung in eine passende Wohnung. Wir empfehlen, die eigene Wohnungssuche parallel zur Aufnahme in das WfF-Programm im Rahmen der eigenen Möglichkeiten fortzusetzen.</p>	<p>Mietsachgebiet E-Mail: Mietsachgebiet@LAF.Berlin.de persönliche Vorsprache: Leistungszentrum Darwinstraße Besuchereingang Goslarer Ufer 15 10589 Berlin Sprechzeit (letzter Einlass) Montag, Dienstag, Donnerstag: 8.00 – 14.00 Uhr Sprechstunde für Berufstätige und Azubis: Donnerstag, 14.00 – 16.00 Uhr Freitag: 08:00 – 12:00 Uhr</p> <p>(Quelle: https://www.berlin.de/laf/wohnen/informationen-fuer-fluechtlinge/programm-wohnungen-fuer-fluechtlinge/)</p>
<p>Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen</p> <p>Leitung - Senatorin Katrin Lompscher Leitung - Senatsbaudirektorin / Staatssekretärin Regula</p>	

Lüscher Leitung - Staatssekretär für Wohnen Sebastian Scheel	
<p>Bezug zum Thema: Bauen - Hochbau - Soziales</p> <ul style="list-style-type: none"> • Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge (Quelle: https://www.stadtentwicklung.berlin.de/bauen/hochbau/de/modulare_unterkuenfte.shtml) 	
<p>Planen - Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2015 - 203</p>	
<p>Erläuterung zur Flüchtlingsthematik in der Bevölkerungsprognose</p> <p>Die zukünftige Einwohnerentwicklung wird sehr viel stärker als in den vergangenen Jahren durch die Flüchtlingsbewegungen aus dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika sowie der Abwanderung aus dem Balkan beeinflusst werden.</p> <p>Die im Februar 2016 vorgelegte Bevölkerungsprognose reflektiert die Flüchtlingsbewegungen der vergangenen Jahre nach bestem Wissen, um ein wissenschaftlichen Anforderungen entsprechendes Ergebnis vorzulegen. Die Bevölkerungsprognose ist jedoch keine Flüchtlingsprognose. Die Komplexität des Einflusses der Flüchtlingsbewegungen auf die zukünftige Einwohnerentwicklung spiegeln die zahlreichen Einflussfaktoren wider, z. B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die vermuteten Flüchtlingsankunftszahlen für Berlin, • die (ggf. zeitlich verzögerte) Anmeldung von Flüchtlingen, • die Dauer von Anerkennungsverfahren sowie die Anerkennungs- und Abschiebequoten, • die demografische Struktur der Flüchtlinge (Alter, Geschlecht) sowie Fertilität und Sterblichkeit • der (zeitlich verzögert erfolgende) Familiennachzug von anerkannten Flüchtlingen, • die Wohnstandortwahl (und damit ggf. Zuzug nach Berlin) von Flüchtlingen in Deutschland nach Abschluss des Asylverfahrens, • das etwaige Rückwanderungsverhalten von anerkannten Flüchtlingen, • das faktische Verhalten von (anderen) Flüchtlingen angesichts behördlicher Entscheidungen sowie • politische Entscheidungen zum Umgang mit Flüchtlingen (z. B. Erklärung weiterer sicherer Herkunfts- und Drittstaaten). <p>Zu vielen dieser Punkte liegen keine empirischen Kenntnisse, schon gar nicht berlinspezifisch, vor. Um valide Prognosen erstellen und den zukünftigen Einwohnerbestand in den Prognoseräumen darstellen zu können, sind Angaben zur demografischen Struktur (Alter, Geschlecht) sowie zu Geburten- und Sterbeziffern und zum innerstädtischen Umzugsverhalten notwendig. Für die nach Berlin kommenden und aus Berlin wegziehenden Flüchtlinge bzw. Asylbewerber, liegen diese notwendigen Daten nicht vor. Es ist daher nicht möglich, ihre Entwicklung zu prognostizieren. Die Wanderungsannahmen für die Prognose basieren grundsätzlich auf den Entwicklungen der letzten Jahre. Die im Einwohnerregister vorliegenden Daten umfassen neben den gewöhnlichen Wanderungen mit dem Ausland somit auch bereits die Flüchtlinge, die in den vergangenen Jahren bis Ende 2014 nach Berlin gekommen und registriert sind. Mit diesen bekannten und abgesicherten Daten wird die Prognose auf Basis des Einwohnerregisterbestandes vom 31.12.2014 durchgeführt.</p> <p>Ausgehend von der zum Jahresanfang 2015 von der Bundesregierung erwarteten deutschlandweiten Asylbewerberzahl wurde zu der bis zum Redaktionsschluss der Grundlagenarbeitung (Ende März 2015) bereits gesetzten Flüchtlingszahl zusätzlich ein weiterer Anteil von Flüchtlingen für das Jahr 2015 in die Prognoseannahmen einbezogen. Auf dieser Basis wurde</p>	

ein Einwohnerzahl prognostiziert, die kleinräumig, das heißt auf Ebene der 60 Prognoseräume vorliegt.

Die mitunter sehr dynamische Entwicklung der Flüchtlingszahlen nach Redaktionsschluss konnte nicht in die Prognoserechnung einfließen. Daher ist bei Betrachtung der Einwohnerzahlen für die Jahre bis 2020 zu den berechneten Ergebnissen der vorgelegten abgesicherten Bevölkerungsprognose eine zusätzliche Anzahl Flüchtlinge zu addieren.

Zur Vermeidung von parallel genutzten Flüchtlingsschätzungen und zur verwaltungsweiten Vereinheitlichung Berliner Datengrundlagen ist zukünftig die Bedarfsprognose der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zu verwenden. Es ist davon auszugehen, dass – aufgrund der Entwicklungen seit dem zweiten Halbjahr 2016 – der prognostizierte Bedarf bzw. der Bestand an Flüchtlingen deutlich unter den bisherigen Szenarien der SenStadtUm (jetzt SenStadtWohn) liegen wird. In der Bevölkerungsprognose 2015-2030 sind für den Zeitraum 2015-2030 bereits 40.800 Flüchtlinge (per Saldo) enthalten. Entsprechend der Bedarfsprognose der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) wird voraussichtlich auch weiterhin ein Aufschlag zu den bisher in der Prognose enthaltenen 40.800 Personen notwendig sein, jedoch in geringerem Umfang als bisher, in einer Größenordnung von etwa 24.000 Personen

Demnach ist von Ende 2016 bis zum Jahr 2020 mit einem weiteren Wachstum von 106.000 Personen zu rechnen. Die Summe ergibt sich aus 82.000 Personen, die bisher in der Bevölkerungsprognose enthalten sind und 24.000 weitere Flüchtlinge bis 2020 laut SenIAS-Bedarfsprognose.

Die kleinräumige Darstellung dieser Zahlen ist auf Grund fehlender notwendiger Verteilungsparameter der Flüchtlinge in der Stadt nicht möglich

Für die Jahre 2017 und folgende wird auch weiterhin aufgrund veränderter politischer Rahmenbedingungen schrittweise ein abnehmender Saldo der Flüchtlingszahlen angenommen. Die der Bevölkerungsprognose zugrundeliegenden Annahmen zu den Auslandswanderungen tragen diesem Rechnung.

Konsequenzen für Fachplanungen

Auf Prognoseraumebene ist zzt. nicht bekannt, wie sich die demografische Struktur der Flüchtlinge zusammensetzt und wie sich die Personen im Zeitverlauf von den Flüchtlingsunterkünften auf die Stadt bzw. andere Regionen verteilen werden.

Daher ist für Infrastrukturplanungen auf Prognoseraumebene eine gesonderte Berücksichtigung und fachliche Bewertung hinsichtlich der zusätzlichen Anforderungen der den Prognoseergebnissen in Gesamtsumme aufgeschlagenen Flüchtlingszahlen unbedingt erforderlich. Dies betrifft in besonderem Maße die Prognoseräume, in denen Gemeinschaftsunterkünfte liegen.

(Quelle: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/de/ergebnisse/fluechtlinge.shtml>)

Städtebau / Förderprogramme:

BENN - Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften

Das neue Integrationsmanagement "**BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften**" soll künftig im Umfeld von großen Flüchtlingsunterkünften die Gemeinschaft im Kiez stärken und so den Geflüchteten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern. BENN arbeitet betei-

gungsorientiert, so ist sichergestellt, dass die tatsächlichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen. Die Umsetzung der Ideen aus der Nachbarschaft erfolgt unbürokratisch mithilfe von Sachmitteln.

Bis Anfang 2018 richtet die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen an insgesamt 20 Standorten das Integrationsmanagement ein.

Bis Anfang 2018 richtet die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen an insgesamt 20 Standorten mit großen Flüchtlingsunterkünften das Integrationsmanagement "BENN – Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften" aus Mitteln der Städtebauförderung und dem Investitionspakt "Soziale Integration im Quartier" ein. An BENN Standorten in Quartiersmanagementgebieten (QM) wird das bestehende QM-Team personell und finanziell verstärkt.

In vielen Stadtteilen befinden sich Unterkünfte für Geflüchtete, in denen zum Teil mehrere hundert Menschen unterschiedlicher Herkunft leben. Hierdurch wird sich die Nachbarschaft im Umfeld der Unterkünfte verändern, was Potenziale birgt, aber auch Konflikte verursachen kann. Gute Erfahrungen bei der Integration im Stadtteil wurden mit der sozialräumlichen Strategie des Städtebauförderprogramms Soziale Stadt gemacht. BENN greift diese Erfahrungen auf und entwickelt sie weiter.

Um die neuen Bewohnerinnen und Bewohner in die Nachbarschaft einzubinden, den Dialog zu fördern und das nachbarschaftliche Miteinander zu stärken, stehen BENN-Teams vor Ort als Ansprechpartner zur Verfügung. Sie organisieren Beteiligungsprozesse, unterstützen gemeinschaftliche Aktionen und bauen Kooperationen auf. BENN wird das vorhandene Engagement vor Ort stärken und ausbauen und dort, wo noch Ideen und engagierte Menschen fehlen, aktiv werden. BENN unterstützt Geflüchtete ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten und fördert so deren gesellschaftliche Teilhabe.

BENN wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen in enger Kooperation mit dem jeweiligen Bezirk durchgeführt und ist zunächst auf den Zeitraum bis Ende 2021 begrenzt. Begleitend werden integrationsdienliche Infrastruktureinrichtungen durch Programme der Städtebauförderung und des Investitionspakts "Integration im Quartier" gefördert.

Den BENN-Teams stehen Sachmittel zur Unterstützung der durch die Beteiligungsgremien vorgeschlagenen Ideen zur Verfügung. Ziele hierbei sind:

- Stärkung von Nachbarschaften und Engagement.
- Aktivierung des ehrenamtlichen Engagements, Unterstützung vorhandener ehrenamtlicher Strukturen und Aufbau und Unterstützung von Netzwerken.
- Aktivierung und Unterstützung der Geflüchteten.

Friedrichshain-Kreuzberg

BENN Wassertorplatz

Im Quartiersmanagementgebiet Wassertorplatz befindet sich ein Tempohome für Geflüchtete in der Alte Jakobstraße.

Um das nachbarschaftliche Miteinander zu stärken, erhält das Quartiersmanagement Wassertorplatz seit Januar 2018 mit BENN personelle und finanzielle Unterstützung. BENN ergänzt die Arbeit des Quartiersmanagements um die Einbeziehung der Geflüchteten in die Nachbarschaft.

Weitere Informationen und Ansprechpartner
www.quartiersmanagement-wassertorplatz.de/BENN/Allgemeine-Informationen/

Lenkungsrunde im Rahmen des BENN-Verfahrens

Was ist das Netzwerke, bezirkliche Gremien und Initiativen?

Ein Netzwerk im Rahmen des BENN-Verfahrens, initiiert vom BENN Team Wassertorplatz

Wer ist verantwortlich? Das BENN Team WTP – lädt ein, organisiert, schreibt Protokolle.

Wie oft gibt es Treffen? 1x im Monat

Gibt es eine*n Sprecher*in? Wer ist das? Nein.

Wie ist der Organisationsaufbau?

Es kommen alle verantwortlichen zusammen, die Projekte koordinieren und Vertreter*innen von anderen Netzwerken zum Thema „Geflüchtete“, um Parallelstrukturen zu vermeiden und den Informationsfluss zwischen den Akteur*innen zu sichern.

Wie viele kommen dort zusammen? Ca. 14 Personen.

Wer ist fest vertreten bei Netzwerke, bezirkliche Gremien und Initiativen? Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Bezirkskoordinatorin für BENN, Geflüchtete-Koordinatorin BA, Forum „Flucht, Migration, Nachbarschaft“, Kreuzberg hilft, Koordinatorin „Integrationslots*innen“, Albatros gGmbH (Träger des Tempohomes, Leitung und Ehrenamtskoordinatorin), Projekträume Bona Peiser, QM Mehringplatz, Polizei, BENN-Team

Wie wird eingeladen? Das BENN Team lädt per Mail ein.

Wie gestaltet sich die Verflechtung mit dem Bezirk/Senat?

Über die Bezirkskoordinatorin für BENN und die Geflüchtete-Koordinatorin BA; auch SenSW ist ja dabei.

Ist das Gremium/AG/Netzwerk offen oder geschlossen?

Wie kann man teilnehmen?

Geschlossen. Bei Bedarf laden wir weitere Personen ein, wenn es notwendig ist.

Sind die Protokolle öffentlich oder teilöffentlich?

Nein. Es werden auch Interna besprochen

BENN
c/o Quartiersmanagement
Wassertorplatz
Bergfriedstr. 22
10969 Berlin
Tel.: 030-69817820
Fax: 030-69817822



http://www.stern-berlin.com/assets/content/dateien/2018-01-02_Projektsteckbrief_wiBe_BENN_final.pdf

E-Mail:
benn@quartiersmanagement-wassertorplatz.de

Kennen Sie schon...? Informationen aus dem **Bezirk - Wohnen und Geflüchtete!**

Was gab es? Was gibt es? Was ist geplant? Wo erhalte ich mehr Informationen?

Politisches Gremium im Bezirksamt	<i>Politik</i>
<p>Abteilung Familie, Personal und Diversity</p> <p>Monika Herrmann – Bündnis 90/ Die Grünen Bezirksbürgermeisterin und Leiterin der Abteilung Familie, Personal und Diversity sowie zuständig auch für das Jugendamt, das Rechtsamt, den Steuerungsdienst, die Integrationsbeauftragte, die Gleichstellungsbeauftragte, die Beauftragte für Menschen mit Behinderungen, den Behördlichen Datenschutzbeauftragten sowie die Innenrevision</p>	<p>➔</p> <p>>Ohlauer Str. - Konzept für das Projek-tehaus/den Südflügel</p>
<p>Abteilung Arbeit, Bürgerdienste, Gesundheit und Soziales (DIE LINKE)</p> <p>Knut Mildner-Spindler – DIE LINKE Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Arbeit, Bürgerdienste, Gesundheit und Soziales sowie zuständig auch für die Koordinierungsstelle für Beschäftigungsförderung und Jobcenter und die Organisationseinheit Planungs- und Koordinierungsstelle Gesundheit</p>	<p>➔</p> <p>>Wohnscouting Projekt > In Planung Wohnraumsuche für Ge-flüchtete (Senatsprogramm beschlos-sen beim Runden Tisch)</p>
<p>Abteilung für Wirtschaft, Ordnung, Schule und Sport (SPD)</p> <p>Andy Hehmke – SPD Bezirksstadtrat für Wirtschaft, Ordnung, Schule und Sport sowie zuständig auch für das Bündnis für Wirtschaft und Arbeit, den EU-Beauftragten</p>	
<p>Abteilung für Finanzen, Umwelt, Kultur und Weiterbildung (B'90/Die Grünen)</p> <p>Clara Herrmann – B'90/Die Grünen Bezirksstadträtin für Finanzen, Umwelt, Kultur und Weiterbildung</p>	
<p>Abteilung für Bauen, Planen und Facility Management (B'90/Die Grünen)</p> <p>Florian Schmidt – (B'90/Die Grünen) Bezirksstadtrat für Bauen, Planen und Facility Ma-nagement sowie zuständig auch für die Beauftragte für Klimaschutz</p>	<p>➔</p> <p>>Konzept zur partizipativen Wohn-raumversorgung Geflüchteter und Nichtgeflüchteter im Bezirk Fried- richshain-Kreuzberg Ohlauer - Kon- zept für das Projektehaus/den Südflü- gel (jetzt angedockt an Bezirksbür- germeisterin in Absprache mit der Ge- flüchteten-Koordinatorin Friederike Krentz) >Machbarkeitsstudie Ratibor 14</p>

<p>Konzept zur partizipativen Wohnraumversorgung Geflüchteter und Nichtgeflüchteter im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (Entwurfsstand 31.08.2018) (Abteilung Planen,Bauen u.Umwelt):</p>	<p>Das Konzept stellt einen Entwurfs- und Zwischenstand dar. Bezirksinterne und -externe Abstimmungsprozesse sind noch nicht abgeschlossen und können noch Einfluss auf die Ergebnisse des Konzeptes nehmen.</p>
<p>Inhalt des Konzeptes: Kurzfassung, Einleitung, Anlass, MUF 2.0 vs. partizipative Wohnkonzepte, Zielgruppe, Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung, Öffentlichkeitsbeteiligung und Anwohnerinformation, Aktuelle Unterbringungszahlen im Bezirk, Standorte für die Entwicklung partizipativer Wohnprojekte, Grundlagen und Planungsziele, „Flüchtlingsbaurecht“ nach § 246 BauGB, Standortprüfung: Franz--Künstler--Straße 10/ Alte Jakobstraße 4,Campus Ohlauer Straße (Ohlauer Straße 24), Ratiborstraße 14 c--g/ Reichenbergerstr. 92 - Machbarkeitstudie Ratibor 14, Friedrichswerderscher Friedhof, Jüterbogger Straße, Obentrautstraße, Friedrichshain West Ehemaliger Containerbahnhof Frankfurter Allee, Friedrichstraße 18/19, Stralauer Platz, Lange Straße 46--54/Erich--Steinurth Straße 1--5, Regenwasserrückhaltebecken Lilienthalstraße, Private Baufläche I, Private Baufläche II, Weitere abgelehnte Standorte: Adalbertstraße 67, 68, 69, 70, Kochstraße 1--4, Modersohnstraße 2, 4,6,8,10,12, Oranienstraße 149--154, Kontingente in Neubauprojekten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Ergebnisübersicht, Weitere Handlungs- und Lösungsansätze, Projekt „Wohnscouting“, AG Zuwanderung, Runder Tisch zu „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung geflüchteter Menschen“, Referenzprojekt Haus der Statistik, Zusammenfassung & Fazit, Quellen</p>	
<p>Geflüchteten-Koordinatorin</p>	
<p>Aufgaben der Flüchtlingskoordinatorin:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Koordination der bezirklichen Aufgaben im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen • Unterstützung, Beratung und Koordination bei der Förderung und Stärkung von freien Trägern, Institutionen, Netzwerken und Selbstorganisationen • Ansprechperson für die bezirkliche Flüchtlingseinrichtungen • Vermittlung und Koordination der Integrationslotsen*innen beim Träger Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V. • Enge Zusammenarbeit mit den Beauftragten des Bezirksamtes <p>Treffen der Unterkünfte im Bezirk Friedrichshain - Kreuzberg</p> <ul style="list-style-type: none"> • alle 8 Wochen • Teilnehmer:alle LAF Unterkünfte, 2-3 bezirklichen Unterkünfte, LAF Ansprechperson vom Bezirk, Soziale Wohnhilfe, Jobcenter für Flüchtlingsangelegenheiten, BENN Koordinator 	<p>Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg Geflüchteten-Koordinatorin Friederike Krentz Yorckstraße 4-11 10965 Berlin Raum: 1042 c Tel.: (030) 90298 - 3125 E-Mail: friederike.krentz@ba-fk.berlin.de</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vernetzungsrunden - koordinierend: Vernetzungstreffen Lots*innenprojekte Friedrichshain-Kreuzberg,Treffen der Unterkünfte im Bezirk Friedrichshain - Kreuzberg (nähere Informationen nächstes Infoblatt) • Vernetzungsrunden Teilnahme: Integrationslots*innen Diakonie, Lenkungsrunde im Rahmen des BENN-Verfahrens (anfänglich), Forum Migration und Flucht (pausiert), Wohnscouting, Steuerungsrunde Ratibor 14

Vernetzungstreffen Lots*innenprojekte Friedrichshain-Kreuzberg

Was ist das Vernetzungstreffen Lots*innenprojekte Friedrichshain-Kreuzberg?

Austausch und Vernetzung verschiedener Projekte/ Initiativen, in denen Tätigkeit von Lots*innen ausgeübt wird, also Sprachmittlung und/ oder Begleitung mit Fokus auf Zielgruppe der Geflüchteten, aber nicht ausschließlich. Einige Projekte agieren im Bezirk andere berlinweit. Sowohl hauptamtlich als auch ehrenamtliche Projekte. Ziel ist die Vernetzung und Kenntnis aller Projekte im Bezirk, um Personen möglichst passgenau weiterzuvermitteln und Multiplikatoren zu erreichen.

Wer ist verantwortlich? Organisatorin Friederike Krentz, Geflüchtetenkoordinatorin BA Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: (030)-90298 3125, E-Mail: friederike.krentz@ba-fk.berlin.de

Wie oft gibt es Treffen? Regelmäßig alle 3 Monate im Bezirksamt Yorckstraße 4-11

Gibt es eine*n Sprecher*in? Wer ist das? Keine Sprecherin, aber Kontaktperson Friederike Krentz

Wie ist der Organisationsaufbau? Vernetzungstreffen (informell)

Wie viele kommen dort zusammen? z. Zeit zwischen 12-15 Projekte

Wer ist fest vertreten in der Lotsen AG : Akarsu e.V. ; Big Hotline; Box 66; Interkulturelle Brückenbauer*innen, Integrationslots*innen Friedrichshain-Kreuzberg LRP; InAct; Ipso, Mobile Bildungsberatung für geflüchtete Menschen (MoBiBe); Mobile Kontakt- und Beratungsstelle, MINA e.V., Misfit Drogen- und Suchtberatung (Peer to Peer Projekt); Yekmal e.V.; Gesundheitslotsen (neu)

Wie wird eingeladen: Friederike Krentz lädt ein, jeder kann neue Projekte vorschlagen, die für das Thema Lots*innenprojekte relevant

Wie gestaltet sich die Verflechtung mit dem Bezirk/Senat? Organisatorin vom Bezirksamt, Rückmeldung an Runden im Bezirk und Senat

Ist das Gremium/AG/Netzwerk offen oder geschlossen? Wie kann man teilnehmen? Relevante Projekte sollen unbedingt teilnehmen, Friederike Krentz kontaktieren um Einladung zu erhalten

Sind die Protokolle bzw. Teilprotokolle öffentlich zugänglich? Die Liste mit Lots*innenprojekte ist öffentlich, Protokoll in der Form gibt es nicht

AG Zuwanderung

Auf bezirklicher Ebene gibt es die AG Zuwanderung.

Dabei handelt es sich um eine fachämterübergreifende Arbeitsgruppe bestehend aus Jugendamt, Amt für Soziales, Schulamt, Bürgeramt, Gesundheitsamt, EU--Beauftragter, Job Center, Polizei, Geflüchteten--Koordination sowie den Trägern Mobile Anlaufstelle der Caritas und RAA e.V. Dieses Gremium wurde durch einen Bezirksamtsbeschluss 2014 initiiert mit dem Ziel den Umgang mit bzw. Versorgung von obdachlosen und wohnungslosen Familien (Roma) im Bezirk Friedrichshain--Kreuzberg zu verbessern.

Die Zielgruppe der Geflüchteten und deren Zugänge und Bedarfe beim Thema Wohnraum bzw. Unterbringung bilden mittlerweile einen Arbeitsschwerpunkt.
Das Gremium tagt alle zwei Monate.

Integrationslotsinnen im Projekt der Stadtteilmütter in Kreuzberg - Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V -

(Quelle: <https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/integrationslotsinnen/traeger/friedrichshain-kreuzberg/>)

(Das Projekt wird im Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und Integrationslotsen der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gefördert.)

Im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sind seit Juli 2015 sowohl Stadtteilmütter als auch Integrationslotsinnen und Integrationslotsen beim Diakonischen Werk Berlin Stadtmitte e.V. beschäftigt. Das Projekt der Stadtteilmütter ist ein sozialraumbezogenes und ressourcenorientiertes Angebot zur Förderung der Eltern- und Familienbildung sowie zur Unterstützung der Integration. Die Integrationslotsinnen und Integrationslotsen unterstützen wiederum geflüchtete und neu zugewanderte Menschen mittels einer Sprach- und Kulturmittlung im Bezirk.

Angebote der Stadtteilmütter:

- Die Stärkung der Erziehungskompetenzen und die Teilnahme der Eltern am Bildungs- und Entwicklungsprozess ihrer Kinder,
- Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kindertagesstätten und Grundschulen, die interkulturelle Öffnung von Bildungseinrichtungen,
- Die Verbesserung von Berufsperspektiven für erwerbslose Personen mit Migrationshintergrund im Bereich sozialer Arbeit.

Angebote der Integrationslotsinnen und Integrationslotsen:

- Informationen und Hinweise zu den bestehenden Unterstützungsangeboten sowie Verweisberatung zu Fachstellen
- Begleitung zu Behörden, Institutionen und Einrichtungen

Unterstützung der Fachkräfte in Gemeinschafts- und Notunterkünften, sozialen Einrichtungen, Behörden und Institutionen durch Sprach- und Kulturmittlung

Soziale Wohnhilfe

(Quelle: <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-soziales/soziale-wohnhilfe/>)



Projekt über den Integrationsfond - Wohnscouting (extra Infos)

Wir beraten und unterstützen bei:

- drohendem Wohnungsverlust
- Mietschulden
- Mietkostensenkungsverfahren
- Obdachlosigkeit und Unterbringungsbedarf in einem Wohnheim (ASOG)
- Vermittlung, Unterbringung und Kostenübernahme in einer betreuten Wohnform gemäß §§ 67/ 68 ff. SGB XII zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (z.B. Betreutes Einzelwohnen)
- persönlichen Krisensituationen
- Klärung eventueller Leistungsansprüche
- bei Problemen im Rahmen des Leistungsbezuges beim Jobcenter (§16a SGB II)

- Wohnraumsicherung während der Haft
- Prüfung und Antragstellung "Geschütztes Marktsegment"

"Geschütztes Marktsegment"

Zugangsberechtigt sind Personen, die:

- ihren gewöhnlichen Aufenthalt seit mindestens einem Jahr in Berlin haben
- sich auf dem Wohnungsmarkt bei drohender oder eingetretener Wohnungslosigkeit ohne fremde Hilfe, nicht mit Wohnraum versorgen können
- die zum Beispiel ihre Wohnung durch Räumung (Mietschulden) verloren haben
- die aus stationären Einrichtungen oder Haft entlassen wurden
- und/oder verschuldet sind

Die Antragsaufnahme erfolgt über den für die/den Antragsteller/in zuständigen Sozialdienst (z.B. Soziale Wohnhilfe, Allgemeiner Sozialdienst des Jugendamtes, Sozialpsychiatrischer Dienst des Gesundheitsamtes). Personen, die noch nicht bei einem Sozialdienst in Beratung sind, wenden sich bitte an die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Sozialen Wohnhilfe. Das "Geschützte Marktsegment" ist Teil dieser Fachstelle.

Kennen Sie schon...?

Informationen über **Projekte und Initiativen - Wohnen und Geflüchtete!**

Was gab es? Was gibt es?

Wo erhalte ich mehr Informationen?

Hier handelt es sich um einen kleinen Einblick und hat nicht den Anspruch auf Vollständigkeit! Hier werden auch überbezirkliche Angebote aufgeführt!

Wohnscouting

Mehr Informationen: <http://wohnscouting.de/>

Kontakt: info@wohnscouting.de
Ansprechpartnerin ist Susanna Raab.
Sie erreichen sie auch telefonisch unter
030/69049717

Dokumentation: WERKSTATT WOHNSCOUTING ZUR ERARBEITUNG EINES ANGEBOTS ZUR WOHNRAUMSUCHBEGLEITUNG FÜR GEFLÜCHTETE - [Werkstatt I](#) und [Werkstatt II](#)

Die Idee für ein Wohnscouting ist im Kreuzberger Forum „Migration – Flucht – Nachbarschaft“ entstanden. Innerhalb des Forums vernetzten sich Kreuzberger Not- und Gemeinschaftsunterkünfte sowie Organisationen und Initiativen, die im Themenfeld „Migration, Flucht, Nachbarschaft“ aktiv sind. Aus dem immer noch hohen Unterstützungsbedarf für geflüchtete Menschen bei der Wohnungssuche wurde das Wohnscouting entwickelt. Das Projekt liegt nun in der Trägerschaft des Nachbarschaftshauses Urbanstraße e.V.

Das Wohnscouting ist ein Projekt zur Begleitung der Wohnraumsuche für Menschen mit Fluchterfahrung im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Wir möchten Unterstützung bei der Wohnungssuche bieten und begleiten Geflüchtete auf ihrem Weg zur eigenen Wohnung. Ziel ist es Geflüchtete bei der Wohnungssuche zu stärken, damit sie sich auf dem Berliner Wohnungsmarkt zurecht finden. Niedrigschwellige Unterstützungsangebote sollen bei der Suche helfen und Geflüchtete eng begleiten. Gleichzeitig versteht sich das Wohnscouting auch als Anlaufstelle für Vermieter*innen. Durch die direkte Ansprache von Wohnungseigentümer*innen sollen Hemmungen vor der Vermietung an Menschen mit Fluchterfahrung

abgebaut werden. Bei Fragen und Problemen kann das Wohnscouting unterstützen und den Prozess der Vermietung von beiden Seiten begleiten.

Neben einer wöchentlichen, offenen Sprechstunde, der Suchsprechstunde, bietet das Wohnscouting zudem Workshops zu verschiedenen Themen. Die Workshopmodule zu den Themen Wohnungsmarkt und Wohnungsbewerbung, Miet- und Sozialrecht sowie Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt sollen Geflüchtete auf der Wohnungssuche in ihren Rechten und Wissen um den Wohnungsmarkt selbstermächtigen und stärken. Unter dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe werden Menschen mit Fluchterfahrung geschult und unterstützen sich auch gegenseitig. Die wöchentliche Suchsprechstunde bietet die Möglichkeit mit Unterstützung die Wohnungssuche am Computer selbst in die Hand zu nehmen und Wohnungsbewerbungen rauszuschicken, Besichtigungstermine zu vereinbaren oder sogar alle Unterlagen für den Abschluss eines Mietvertrages vorzubereiten.

Das Wohnscouting arbeitet zudem in enger Kooperation mit dem Sozial- sowie Wohnungsamt des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg zusammen.

Fachstelle "Fair mieten - Fair wohnen. Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt"

Mehr Informationen:

<https://fairmieten-fairwohnen.de/>

Kontakt: Strategie + Vernetzung

UrbanPlus
Geusenstraße 2
10317 Berlin
030 219 533 58

Kontakt: Beratung + Begleitung

TBB
Oranienstraße 53
10969 Berlin
030 623 26 24

Ziel der Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt ist es, die Vernetzung und Kooperation in diesem Handlungsfeld systematisch zu stärken und damit eine Kultur diskriminierungsfreier Vermietung in Berlin zu entwickeln. Wir suchen einen lebendigen Dialog mit Akteur*innen, die Politik entwickeln, Betroffene beraten oder Empowerment fördern.

Unsere Zielgruppen sind öffentliche Institutionen und soziale Träger, Antidiskriminierungs- und andere Beratungsstellen, Initiativen und selbstorganisierte Anlaufstellen. Auf ihren Erfahrungen aufbauen zu können, ist eine wichtige Grundlage für unseren Erfolg. Vermietungskultur zu verändern erfordert Akzeptanz der Opferperspektive, Motivation und Dialog. Deswegen ist die Fachstelle gleichzeitig eine Ansprechpartnerin für die Wohnungswirtschaft.

Strategie und Vernetzung bedeuten für uns:

- fachliche und politische Intervention
- Vernetzungsangebote (z.B. Fachtagungen, Fachbeirat, Newsletter) und
- die kooperative Entwicklung eines Leitbilds „Fair mieten-Fair wohnen“.

Beratung + Begleitung Betroffener

Die Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt unterstützt Menschen, die auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierung erfahren. Menschen, die aufgrund ihrer

- (zugeschriebenen) Herkunft
- ihrer Sprache
- ihrer Religion
- ihrer Geschlechteridentität
- ihrer sexuellen Orientierung
- einer Behinderung
- ihres Alters
- ihres sozialen Status

.... sowie mehrfach diskriminiert werden, werden von der Fachstelle beraten und begleitet. Zu den Unterstützungsangeboten der Fachstelle gehören das Verfassen von Beschwerdebriefen, die Einbeziehung anderer Stellen, die Begleitung zu Gesprächen und auch die Beistandschaft vor Gericht. Die Beratung ist kostenlos und mehrsprachig.

(Quelle: <https://fairmieten-fairwohnen.de/ueber-uns-uebersicht/ziele-arbeitsfelder/>)

Schlafplatzorga

Die Schlafplatzorga versucht, obdachlosen, zum Teil illegalisierten Migrant*innen in Berlin eine temporäre Unterkunft bei Unterstützer*innen zu organisieren.

Mehr Informationen:

<https://sleepingplaceberlin.wordpress.com/>

Kontakt:

Montag, Mittwoch, Freitag:
6pm- 8pm: Oranienstraße 159 in den Räumen der [KuB](#)
Oder ruft uns an: +49 1521 3385064
E-Mail: sleepingplaceorga@systemli.org

AG Wohnungssuche Bündnis Neukölln

Mehr Informationen: <http://www.buendnis-neukoelln.de/fluchtasy/wohnungssuche/>

Die Arbeitsgruppe Wohnungssuche unterstützt Geflüchtete bei Behördengängen, hilft bei der Suche einer geeigneten Wohnung und begleitet den Umzug.

Auf dem Verteiler befinden sich inzwischen ca. 100 Leute, wovon viele in Tandems Einzelpersonen und Familien bei der Wohnungssuche begleiten. Mittlerweile haben wir ein kleines Netzwerk geschaffen und bekommen hin und wieder auch Wohnungen und Zimmer von Privatpersonen angeboten.

Wohnungsberatung für Menschen mit Fluchterfahrung

Zwei Mal im Monat bieten wir eine Wohnungsberatung an. Die Beratung findet mittwochs jeweils von 18:00 – 19:30 Uhr statt. Ort: Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32, 12049 Berlin (U8 Hermannplatz)

Evangelisches Jugend- und Fürsorgewerk (EJF)-EJF gAG – Wohnungsberatungsstelle

Die Beratungsstelle des EJF unterstützt und berät Geflüchtete, die in eine Wohnung ziehen möchten.

Kontakt:

Turmstraße 4
10559 Berlin
Deutschland
Fax: +49 30 32304267
wohnungsberatungsstelle@ejf.de
<https://www.ejf.de/einrichtungen/migration-und-fluechtlingshilfe/wohnungen-fuer-...>

XENION Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e.V.

Kontakt:

AG Wohnen
Bea Fünrocken

wohnen@xenion.org
<http://www.xenion.org/angebote/ag-wohnen/>

Einen sicheren Wohnraum zu haben, ist wichtig, um sich zu Hause zu fühlen und insbesondere für Menschen, die ihre Heimat verloren haben, von enormer Bedeutung. Leider gestaltet sich die Wohnungssuche auf dem angespannten Berliner Immobilienmarkt schwierig, wenn man die Sprache nicht spricht und die Strukturen nicht kennt. Hinzu kommen die Vorbehalte von Vermietern und Eigentümern gegenüber Menschen mit unsicheren Aufenthaltstiteln.

Unterstützung

Hier unterstützt und vermittelt die AG Wohnen von XENION. Sie unterstützt bei der Wohnungssuche und den erforderlichen Formalitäten und vermittelt zwischen Geflüchteten und Vermietern und Eigentümern. Die AG bemüht sich in Zusammenarbeit mit anderen Wohnungsinitiativen bürokratische Abläufe für Geflüchtete zu vereinfachen.

Helfen

Spenden: Für Transportkosten bei Umzügen oder den Einbau von Herd und Spüle benötigt die ehrenamtlich tätige AG unter anderem Gelder. Da die finanzielle Hilfe für die Erst-einrichtung vom Amt sehr knapp bemessen ist und häufig Wochen zu spät bezahlt wird, werden auch hierfür Geldspenden und Möbelspenden gebraucht.

Informieren: Bei der Suche nach Wohnungen und Zimmern für Geflüchtete freut sich die AG über Hinweise auf engagierte Hausverwaltungen, Genossenschaften, Eigentümer oder freien Wohnraum.

Aktiv werden: Sie möchten Ihre Unterstützung anbieten – ein Engagement im Rahmen der i.d.R. einjährigen Ehrenamtlichenprogramme kommt für sie aber nicht in Frage? Wenn Sie sich bei „Nachbarn helfen Nachbarn“ registrieren, melden wir uns bei Ihnen, wenn eine geflüchtete Person oder Familie in ihrer Nachbarschaft eine Wohnung gefunden hat. Denn dann stellen sich oft Fragen wie: Gibt es ein Jugendzentrum oder einen Sportverein in der Nähe? Wo gibt es schöne kulturelle Angebote oder den besten Bäcker? Wir freuen uns, wenn Sie Interesse und Spaß daran haben, Neuberliner*innen ihren Kiez zu zeigen und praktische Nachbarschaftshilfe anzubieten.

(Quelle: <http://www.xenion.org/angebote/ag-wohnen/>)

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Im Flüchtlingsrat Berlin arbeiten Organisationen, Beratungsstellen, Flüchtlingsselfhilfegruppen, Initiativen und engagierte Einzelpersonen zusammen.

Unsere Ziele sind die Lebensbedingungen von geflüchteten Menschen zu verbessern und das Recht auf Asyl zu verteidigen. Dazu gehört die Information für Beratende rund um aktuelle Entwicklungen im Asylrecht.

Mehr Informationen:

Wohnungen für alle statt immer neuer Obdachlosenunterkünfte **Forderungen** des Flüchtlingsrats Berlin an den Senat, die Bezirke und die Wohnungswirtschaft - Stand 19. Juli 2018

http://fluechtlingsrat-berlin.de/wp-content/uploads/wohnungen_statt_lager.pdf

**Presseerklärung 17.12.2018: Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation von Geflüchteten in Berlin: Viel Worte statt Taten
Flüchtlingsrat fordert rasche Lösungen für**

**akute Probleme der Berliner Flüchtlingspolitik
statt unverbindlicher Absichtserklärungen**

Mehr Informationen:

<http://fluechtlingsrat-berlin.de/presseerklaerung/17-12-2018-gesamtkonzept-zur-integration-und-partizipation-von-gefluechteten-in-berlin-viel-worte-statt-taten/>

Kontakt:

Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Telefon: (0 30) 224 76 311
Fax: (0 30) 224 76 312
buero@fluechtlingsrat-berlin.de

Pressemitteilung Flüchtlingsrat Berlin zum Runden Tisch „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung Geflüchteter“ 20.03.2019: Wohnungen für alle statt immer neuer Obdachlosenunterkünfte!

Am heutigen Mittwoch stellen die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung die Ergebnisse des Runden Tisches „Alternativen zur öffentlichen Unterbringung Geflüchteter“ vor. Der Flüchtlingsrat hatte den Runden Tisch mit initiiert. Zur ersten Sitzung im Juni 2018 haben am Runden Tisch mitwirkende Initiativen und Beratungsstellen gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat einen Katalog mit 24 ganz konkreten Vorschlägen vorgelegt, wie Flüchtlingen die Anmietung von Wohnungen erleichtert und ihre dauerhafte Unterbringung in Sammellagern vermieden werden kann. Unser Forderungskatalog ist weiterhin aktuell. Leider wurden die meisten unserer Vorschläge beim Runden Tisch gar nicht behandelt. Andere zentrale Themen blieben ungelöst, zum Beispiel:

Wohnberechtigungsschein für Geflüchtete, Punkt 2 des Forderungskatalogs

Anders als in vielen anderen Bundesländern werden Asylsuchende und de facto auch Geduldete in Berlin generell vom Wohnberechtigungsschein ausgeschlossen. Sogar anerkannte Geflüchtete mit Aufenthaltserlaubnis werden in Berlin in vielen Fällen vom WBS ausgeschlossen. Angesichts der Tatsache, dass für ein Viertel der Mietwohnungen in Berlin der WBS die wichtigste Zugangsvoraussetzung ist, ist der Ausschluss zahlreicher Geflüchteter vom WBS ein entscheidendes Hindernis bei der Wohnungssuche.

Das Land Berlin muss seine seit der Föderalismusreform 2006 bestehende eigene Gesetzgebungskompetenz beim Wohnungsbindungsrechtnutzen und für wohnungslose Geflüchtete endlich den WBS und damit den Zugang zu landeseigenen und zu Sozialwohnungen in gleicher Weise wie für Deutsche ermöglichen!

Mietübernahmescheine zur Wohnungssuche von Amts wegen, Punkt 17 des Forderungskatalogs

Asylsuchende in Sammelunterkünften erhalten vom Landesamt für Flüchtlinge von Amts wegen einen Mietübernahmeschein für die Wohnungssuche. Der Schein enthält für Woh-

nungssuchende und potentielle Vermieter gleichermaßen aussagekräftige Angaben zu den Anforderungen an ein Mietangebot und der nach dem Berliner Sozialrecht akzeptablen Miethöhe. Wir fordern, dass auch Jobcenter und Bezirkssozialämter an geflüchtete und alle anderen Wohnungslosen in Berlin von Amts wegen solche Mietübernahmescheine ausgeben müssen. Die Mietübernahmescheine müssen rechtsverbindliche und allgemeinverständliche Kostenübernahmeerklärungen für die zulässige Miete und Kautions enthalten.

Dezentrale Beratungsstruktur für wohnungslose Geflüchtete, Punkt 9 – 12 des Forderungskatalogs

Einigkeit bestand am Runden Tisch, dass Geflüchtete aufgrund ihrer spezifischen Benachteiligung am Wohnungsmarkt gezielte Unterstützungs- und Beratungsangebote benötigen. Initiativen und Flüchtlingsrat haben am Runden Tisch immer wieder darauf hingewiesen, dass wir in allen Bezirken gut ausgestattete, behördenunabhängige Anlaufstellen für wohnungssuchende Geflüchtete brauchen, die über Fach- und Sprachkompetenz verfügen, Geflüchtete bei der Wohnungssuche beraten und begleiten, Ansprechpartner für Vermieter sind und Wohnungsangebote proaktiv akquirieren. Auch die Wohnungsgeber haben am Runden Tisch stets den Bedarf für solche Anlaufstellen betont. Positive, allerdings nicht ausfinanzierte Ansätze gibt oder gab es z.B.: in Reinickendorf, Köpenick und Mitte. Ob und wann es berlinweit eine dezentrale Unterstützungsstruktur geben wird, ist jedoch völlig offen. Die Stelle in Mitte wurde geschlossen, positive Ansätze in anderen Bezirken wurden nicht unterstützt. Leider hat der Runde Tisch die dringend benötigte dezentrale bezirkliche Beratungsstruktur nicht geschaffen.

Der Runde Tisch hat die Perspektiven und Positionen der beteiligten Akteure zusammengebracht und einen Austausch ermöglicht. Die Bedarfe wohnungssuchender Geflüchteter sind hinreichend bekannt. Jetzt muss der Senat konkret handeln und Maßnahmen wie den WBS für Geflüchtete, den Mietübernahmeschein für Wohnungslose und die bezirkliche Beratungsstruktur für wohnungssuchende Geflüchtete umsetzen. Ständig neue Modulbauten (MUF) für Geflüchtete und Wohnungslose sind keine Alternative. Sie entmündigen die Bewohner, verhindern Integration und befördern soziale Ausgrenzung.

Quelle: <http://fluechtlingsrat-berlin.de/presseerklaerung/20-03-2019-wohnungen-fuer-alle-stadt-immer-neuer-obdachlosenunterkuenfte/>

Corasol – Contre le racisme – Show Solidarity

Mehr Informationen:
<http://corasol.blogspot.de/>

ist eine Gruppe von Menschen mit und ohne Aufenthaltsstatus, mit und ohne Flucht-/ Migrationserfahrung, die durch strukturell-politische Arbeit und gegenseitige Unterstützung versuchen, gegen Rassismen und weiße Dominanz in der Gesellschaft anzukämpfen.

Bürger*innen Asyl

Mehr Informationen:
<https://buerger-innen-asyl-berlin.org/>

In den letzten Jahren haben sich in vielen deutschen Städten Bürger*innenasyl-Initiativen gebildet, die öffentlich ihre Bereitschaft ankündigen, Geflüchtete vor Abschiebungen zu schützen. Jetzt ist Berlin dran! Indem wir privaten Wohnraum zur Verfügung stellen und als Schutzraum für Betroffene erklären, verhindern wir eine erzwungene Rückkehr in Krieg, Elend und/oder Verfolgung. In den letzten Jahren haben sich in vielen deutschen Städten Bürger*innenasyl-Initiativen gebildet, die öffentlich ihre Bereitschaft ankündigen, Geflüchtete vor Abschiebungen zu schützen. Jetzt ist Berlin dran! Indem wir privaten Wohnraum zur Verfügung stellen und als Schutzraum für Betroffene erklären, verhindern wir eine erzwungene Rückkehr in Krieg, Elend und/oder Verfolgung. Wir verstehen Bürger*innenasyle dabei als Teil der Bewegung für "Solidarity Cities"; solidarischer Städte, in denen Grund- und Menschenrechte für alle dort Lebenden gelten und in denen Rechte auf Bildung, Gesundheit, Grundsicherung und Mobilität in der Praxis durchgesetzt werden –

unabhängig vom Status und Pass der Bewohner*innen.
 Das Konzept des Bürger*innenasyls fußt auf dem Gedanken des zivilen Ungehorsams. Wir sagen öffentlich, dass wir Geflüchtete bei uns zu Hause aufnehmen, doch wir verraten nicht, wo. Das Bürger*innenasyl richtet sich an alle akut von Abschiebung bedrohte Menschen, die – unabhängig von ihrer Herkunft – durch die Aufnahme im Bürger*innenasyl eine langfristige Bleibeperspektive erhalten. Durch manche Bürger*innenasyle überbrücken wir die Überstellungsfrist bei Dublin-Fällen, bei anderen verschaffen wir den Betroffenen Zeit, um einen legalen Aufenthaltsstatus zu erwirken. Hierfür stehen wir den Betroffenen während des gesamten Prozesses des Bürger*innenasyls solidarisch zur Seite und gewährleisten mithilfe unseres berlinweiten Netzwerks unmittelbaren rechtlichen und sozialen Schutz.

Dafür brauchen wir:

- Unterstützer*innen, die ein Zimmer für ein oder mehrere Monate frei haben und zum Bürger*innenasyl deklarieren. Um die Geflüchteten und euch zu schützen, werden wir nicht veröffentlichen, wo die betroffene Person unterkommt. Selbstverständlich begleiten und unterstützen wir euch während des gesamten Prozesses!
- Mitstreiter*innen, die sich vorstellen können, Geflüchtete bei Gängen zu Behörden und Ämtern, Ärzt*innen und Anwalt*innen oder allgemein im Alltag solidarisch zu unterstützen!
- Leute, die unsere Idee klasse finden, unseren Aufruf unterschreiben, die Idee weiter erzählen, über uns schreiben, uns zu Veranstaltungen einladen ... Meldet euch gerne!
- Geld, vor allem für Anwalt*innen und Essenskosten. Mit jeder Spende seid ihr Teil von Bürger*innenasyl und helft, einen Schutzraum für Menschen zu schaffen, die von Abschiebung bedroht sind. Unsere Kontoverbindung findet ihr [hier](#).

(Quelle: <https://buenger-innen-asyl-berlin.org/about-us/>)

Among us e.V.

Mehr Informationen:
<https://among-us.org/>

Als Verein fokussieren wir uns darauf, den von uns unterstützten Neuankömmlingen einen bestmöglichen Einstieg in ihr neues Leben zu ermöglichen.

Wir glauben, dass ein entscheidender Teil des Einlebens darin besteht, ein eigenes zu Zuhause zu haben. Deshalb steht die **Finanzierung und Unterstützung bei der Suche von Wohnraum** im Mittelpunkt unseres Engagements.

Unser Ziel ist es, individuelle Unterstützung im bevorstehenden Integrationsprozess zu leisten. Dazu gehört unter anderem **Hilfe bei der deutschen Bürokratie** oder die **Integration in soziale Kreise**.

Als eine kleine Organisation haben wir uns dazu entschieden, den **Fokus auf Partnerschaften mit einer kleinen Anzahl von Personen** zu legen. Wir wollen einen großen Unterschied im Leben weniger erreichen, als wenig im Leben vieler.

Visioneers e.V.

Wohnungsvermittlung für Flüchtlinge

Seit Ende 2015 unterstützen wir Geflüchtete bei der Wohnungssuche und konnten bereits viele Wohnungen, Gastfamilien für UMF und WG-

Mehr Informationen:

<https://www.visioneers.berlin/wohnungsvermittlung>

Kontakt:

Belziger Straße 71
 10823 Berlin
 Tel. +49-30-27498351

<p>Zimmer vermitteln. Wenn Sie eine freie Wohnung oder ein (WG-)Zimmer in Berlin haben, die/das Sie an Flüchtlinge vermieten möchten, kontaktieren Sie uns bitte. Aufgrund der hohen Nachfrage vermitteln wir zurzeit nur Wohnungen an Geflüchtete, die regelmäßig an unseren Workshops oder am Mentorenprogramm teilnehmen.</p>	<p>info@visioneers.io</p>
<p>Women in Exil & Friends</p>	<p>Kontakt Email: info[at]women-in-exile.net Post: Women in Exile e.V. Rudolf-Breitscheid-Straße 164 14482 Potsdam</p> <p>Monatliches Treffen von Women in Exile (für Flüchtlingsfrauen*): jeden ersten Samstag im Monat, 13⁰⁰ Uhr, Admiralstr 17b, 10969 Berlin</p>
<p>„Women in Exile“ ist eine Initiative von Flüchtlingsfrauen, die sich 2002 in Brandenburg zusammen gefunden haben, um für ihre Rechte zu kämpfen. Wir haben entschieden, uns als Flüchtlingsfrauengruppe zu organisieren, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass Flüchtlingsfrauen doppelt Opfer von Diskriminierung sind: Sie werden als Asylbewerberinnen* durch rassistische Gesetze ausgegrenzt und als Frauen* diskriminiert. Der Kampf dagegen wird von geschlechtergemischten Flüchtlingsselforganisationen unserer Erfahrung nach wenig mitgetragen, da diese häufig von Männern dominiert sind, die andere Themen als wichtiger ansehen.</p> <p>Was wir tun: Bis heute machen wir ganz überwiegend, ehrenamtliche Arbeit‘.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wir besuchen die „Gemeinschaftsunterkünfte“ in Brandenburg, um Flüchtlingsfrauen proaktive Unterstützung aus der Sicht der Betroffenen anzubieten, um Informationen darüber auszutauschen, was gerade los ist, und um Informationen über die Bedürfnisse von Frauen, die in den „Heimen“ leben, zu erhalten. • Wir schildern in unserem Newsletter die Lebensbedingungen von Flüchtlingsfrauen in Deutschland. • Wir informieren auf unserer Homepage über aktuelle flüchtlingspolitische Ereignisse aus feministischer Perspektive und sammeln dort Infomaterial für Flüchtlingsfrauen in vielen Sprachen. • Wir nehmen an verschiedenen Vernetzungstreffen teil, um zusammen mit anderen antirassistischen und feministischen Gruppen Aktionen zu planen. • Wir demonstrieren, geben den Medien Interviews und halten Reden auf politischen Veranstaltungen, um die Gesellschaft mit den Problemen und Forderungen von Flüchtlingsfrauen zu konfrontieren. • Wir organisieren Seminare und Workshops für Flüchtlingsfrauen, die sie dabei unterstützen, Perspektiven zu entwickeln, um ihre schwierige Lebenssituation zu verbessern, für ihre Rechte im Asylverfahren kämpfen und sich gegen sexualisierte Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung zu verteidigen. <p>(Quelle: https://www.women-in-exile.net/ueber-uns/)</p>	

Name: Initiative, Projekt, Einrichtung	AKS Gemeinwohl – Arbeits- und Koordinierungsstruktur für gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg		
Adresse	c/o Stadtteilbüro Friedrichshain Warschauerstraße 23, 10245 Berlin		
Mailkontakt	kontakt.aks@gemeinwohl.berlin		
Telefon	015750798158		
Webseite	aks.gemeinwohl.berlin		
Ansprechpersonen	Julian Benz, Martha Wegewitz, Kuno Zscharnack, Julian Zwicker		
Wie lange gibt es die Einrichtung schon?	Ende 2018	Welche Wohnform?	-
Welche Form von Sozialarbeit?	-	Wie lange gibt es noch diese Einrichtung?	- erstmal bis Ende 2019, voraussichtlich dauerhaft
Welche Projekte/Programme sind dran beteiligt? (Kooperationen)	- Bezirksamt Fh-Kb - verschiedene Ortsteilstrukturen und Initiativen aus Friedrichshain-Kreuzberg		
Warum gibt es uns?			
Wir unterstützen, beraten und vernetzen Initiativen, Mieter*innen und Ortsteilstrukturen und fördern deren Zusammenarbeit mit der Verwaltung in Friedrichshain Kreuzberg.			
Was ist das Thema des Projektes?			
Beteiligung an der Stadtentwicklung im Bezirk, Selbstorganisation gegen Verdrängung, Entwicklung von Kooperationen in diesen Bereichen			
Wie ist der Stand? Was haben wir erreicht?			
Wir sind noch in der Aufbauphase.			
Was wollen wir?			
Mehr gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung, Selbstorganisation und politische Teilhabe im Bezirk fördern.			
Wo treten Probleme auf?			
Überall.			
Welche Beteiligungsformate wurde angewendet sind geplant?			
Informelle Beteiligung: öffentliche Versammlungen, regelmäßiger offener Begleitkreis, aufsuchende Gespräche bei Interesse, geplant: regelmäßige Infoformate und Vernetzungsformaten; Unterstützung bei der Gründung von Initiativen / Interessengemeinschaften			
Was fehlt? Was brauchen wir damit es besser läuft?			
Mehr Zeit.			

Name: Initiative, Projekt, Einrichtung	Flüchtlinge Willkommen		
Adresse	Utrechtstraße 48		
Mailkontakt	salma@fluechtlinge-willkommen.de		
Webseite	www.fluechtlinge-willkommen.de		
Ansprechpersonen	Salma		
Wie lange gibt es die Einrichtung schon?	4 Jahre	Welche Wohnform?	WGs
Welche Form von Sozialarbeit?	Vermittlung und Beratung		
Welche Projekte/Programme sind	Ehrenamt, Beratung, Vermittlung und Netzwerk		

dran?(Kooperationen)
Was ist das Thema des Projektes?
WG-Zimmer an Geflüchtete vermitteln
Wie ist der Stand? Was haben wir erreicht?
Statistik auf www.fluechlinge-willkommen.de
Was wollen wir?
So vielen Geflüchteten wie möglich zu ermöglichen aus Massenunterkünften auszuziehen
Wo treten Probleme auf?
Nicht genug zivilgesellschaftliches Engagement
Welche Beteiligungsformate wurde angewendet sind geplant?
Ehrenamt und lokale Gruppen
Was fehlt? Was brauchen wir damit es besser läuft?
Medien, die positiver über Erfolge in der Unterstützung berichten, mehr Wohnungen, weniger Bürokratie, Anti-Rassismus Arbeit auf dem Wohnungsmarkt

Kennen Sie schon...?

Informationen von **Verbänden** - Wohnen und Geflüchtete!

Was gab es? Was gibt es? Was ist geplant?

Wo erhalte ich mehr Informationen?

Hier handelt es sich um einen kleinen Einblick und hat nicht den Anspruch auf Vollständigkeit!

Diakonie - Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e.V.	
<ul style="list-style-type: none"> • Flüchtlingsberatung • Die Flüchtlingskirche • Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) • Integrationslots*innen Friedrichshain-Kreuzberg • Flüchtlingswohnheim Zeughofstraße 	Mehr Infos: https://www.diakonie-stadtmitte.de/integration-migrati-on/fluechtlingswohnheim-zeughofstrasse/ueber-das-wohnheim/
AWO	
<p>AWO Positionen und Empfehlungen zur Unterbringung von Menschen nach der Flucht 2016</p> <p>Die AWO Positionen und Empfehlungen sollen handlungsanleitend sein für die konkreten Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt, aber auch für unseren sozialpolitischen Einsatz vor Ort, auf Landes- und auf Bundesebene. Eine Integration der geflüchteten Menschen kann nur gelingen, wenn man von Beginn an so viel Normalität wie möglich für alle Beteiligten schafft. Dementsprechend ist es notwendig, Brücken zu bauen zwischen der Situation der Erstaufnahme und Unterbringung und der langfristigen Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft. In dieser Situation ist es besonders wichtig, ein Wohnumfeld zu schaffen, das die Menschen dabei unterstützt, sich in der neuen Umgebung einzuleben und Verlust- und Fluchter-</p>	<p>2016: https://www.awo.org/sites/default/files/2018-01/AWO%20Positionen%20und%20Empfehlungen%20zur%20Unterbringung%20von%20Menschen%20nach%20der%20Flucht%202016_1.pdf</p> <p>Migrationsberatung im AWO Begegnungszentrum Kreuzberg</p> <p>Adalbertstr. 23 a 10997 Berlin Telefon:030/695 356 22</p>

<p>fahrungen zu verarbeiten. Dabei spielen viele Faktoren eine Rolle, unter anderem die Ausstattung der Einrichtung, die soziale Betreuung vor Ort, die räumliche Lage ihrer Unterkunft und der einfache Zugang zu Beratungsangeboten und umliegender Infrastruktur.</p> <p>Dieses Positionspapier bietet Orientierung und eine Empfehlung zu sehr guten Standards, die auf den Leitlinien der Arbeiterwohlfahrt basierend durch die Träger entsprechend umgesetzt werden sollten. (Quelle:https://www.awo.org/awo-positionen-und-empfehlungen-zur-unterbringung-von-menschen-nach-der-flucht-1)</p>	<p>Webseite: http://www.begegnungszentrum.org/</p>
<p>Paritätischer Gesamtverband</p>	
<p>Wie unterstützt der Paritätische Gesamtverband konkret die Arbeit in der Flüchtlingshilfe?</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Herausgabe regelmäßiger Rundschreiben, in denen über aktuelle Entwicklungen im Asylbereich informiert wird, • die Durchführung von Fachtagungen, Schulungsveranstaltungen und Workshops, • der Erarbeitung von Arbeitshilfen, wie etwa zu den Grundlagen des Asylrechts oder den aktuellen Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes • die Vertretung des Verbandes in Gremien und Ausschüssen auf Bundes- und Europäebene. Dazu gehört auch die enge Kooperation mit den anderen Wohlfahrtsverbänden im Rahmen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, die Zusammenarbeit mit Pro Asyl, amnesty international, Richtervereinigungen und dem UNHCR. Der Verband arbeitet zudem aktiv mit beim Europäischen Flüchtlingsrat (ECRE) • die Weiterentwicklung verbandlicher Positionen im Asylbereich und ihre Vertretung gegenüber Politik und Verwaltung. (etwa zu den Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge, Gesetzentwurf Bleiberecht, Umverteilung Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen in Europa) • die Unterstützung und Beratung der Mitgliedsorganisationen bei der Projektentwicklung bzw. Antragstellung von Fördermitteln. <p>Damit Beraterinnen und Beratern über aktuelle Informationen zu rechtlichen Fragen, zur Situation der Herkunftsländer etc. verfügen können,</p>	<p>Dokumentationen von Veranstaltungen</p> <p>Jahrestagung Asyl 2019 : Vom Ankommen und Bleiben - Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik. Paritätische Jahrestagung Asyl 21.-22.2.2019 - Dokumentation zur Veranstaltung</p> <p>Auszüge: <u>AG 4:</u> Gewalt und Gewaltschutz in Unterkünften: Bedingungen und Lösungsansätze - <i>Input:</i> Friedrich Kiesinger, Melanie Rohrer-Tlili, Nathalie Grassmuck, Albatros gGmbH Berlin, <i>Moderation:</i> Susann Thiel, Der Paritätische Gesamtverband Präsentation Albatros und Ergebnisse</p> <p><u>Vortrag:</u> Das Berliner Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter - ein Modell für eine gelingende Integration? Nele Allenberg und Dr. Jorgos Sotiriadis, Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration Präsentation und Zum Gesamtkonzept</p> <p>Vollständige Dokumentation Jahrestagung 2019: https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/fluechtlingshilfe/dokumentation-veranstaltungen/jahrestagung-asyl-2019/</p>

trägt der Paritätische mit den anderen Wohlfahrtsverbänden, pro asyl, amnesty international und dem UNHCR den "Informationsverbund Asyl und Migration". Auf dessen Homepage www.asyl.net sind die genannten Informationen und zahlreiche weitere Arbeitshilfen kostenlos einsehbar, zudem werden sie durch die Zeitschrift "Asylmagazin" verbreitet. Um die Qualifizierung der im Flüchtlingsbereich tätigen Mitarbeiter zu unterstützen, hat der Verband zudem vor einigen Jahren das - vom BMFSFJ geförderte - Projekt "Qualifizierungsmaßnahmen für die Flüchtlingssozialarbeit" initiiert. Dieses bietet bundesweit Schulung zu Fragen des Flüchtlingsrechts an und stellt entsprechende Materialien zur Verfügung.

Einen aktuellen Arbeitsschwerpunkt stellt zudem die **Förderung des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge** dar. Freiwilliges Engagement bzw. das Ehrenamt sind für den Paritätischen konstituierend und wesentlicher Bestandteil der Arbeit seiner Mitgliedsorganisationen. Mit Unterstützung der Integrationsbeauftragten des Bundes werden ab September 2015 bis Ende 2016 bundesweit ca. 35 Mitgliedsorganisationen gefördert, um die ehrenamtliche Arbeit im Flüchtlingsbereich zu koordinieren oder zu qualifizieren. Ferner vertritt der Paritätische Gesamtverband elf Mitgliedsorganisationen bei Aktion Deutschland Hilft e.V., einem Zusammenschluss deutscher Hilfsorganisationen, die bei großen Katastrophen und Notsituationen im Ausland Hilfe leisten. Zahlreiche unserer Mitgliedsorganisationen unterstützen dabei auch Flüchtlinge in den Herkunfts- und Transitländern. Sie verteilen z.B. in Nordsyrien, dem Nordirak und Libanon Lebensmittel, Wasser, Kleidung und Hygieneartikel, betreuen Kinder und Familien psychosozial und unterstützen sie in der Verarbeitung traumatischer Erlebnisse. Neben Aktivitäten in den drei oben genannten Ländern sind unsere Mitgliedsorganisationen u.a. auch in Griechenland, Mali, Myanmar, Somalia und im Süd-Sudan in der Flüchtlingshilfe tätig. Eine große Rolle spielt im Verband auch die Förderung der Selbstorganisation. So haben sich u.a. bisher auch rund 200 Migrantenorganisationen dem Verband angeschlossen und gemeinsam das **"Forum der Migrantinnen und Migranten"** im Verband gegründet. Von diesen Migrantenorganisationen engagieren sich aktuell immer mehr in der Unterstützung der Flüchtlinge.

(Quell:<https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/fluechtlingshilfe/aktivitaeten>)

Jahrestagung Asyl 2018:

<https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/fluechtlingshilfe/dokumentation-veranstaltungen/jahrestagung-asyl-2018/>

Paritätische Perspektiven: Die Zukunft der Flüchtlings- und Integrationspolitik gestalten vom 23.-24. März 2017 - Dokumentation zur Veranstaltung

Ausgangslage – Wo steht die Gesellschaft bei der Aufnahme der Integration von Geflüchteten?

[zum Vortrag](#)

Workshop: Unterbringung und Wohnen

Impulse: Tülin Kabis-Staubach (Planerladen e.V., Dortmund), Gudrun Kirchhoff (Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin)
Moderation: Jennifer Puls und Sabine Bösing (Paritätischer Gesamtverband)
[Fact Sheet](#) / [Input Tülin Kabis-Staubach](#) / [Input Gudrun Kirchhoff](#) / [Ergebnisse](#)

Mehr Informationen:<https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/fluechtlingshilfe/dokumentation-veranstaltungen/konferenz-paritaetische-perspektiven-2017/>

Projekte

„Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften“

Zum Weltflüchtlingstag am 20.06.2017 hat die "Initiative zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften" überarbeitete und erweiterte Leitlinien zum Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften vorgelegt.

Mehr Informationen:
<https://www.der-paritaetische.de>

<p>/9</p>	<p>sche.de/schwerpunkt/fluechtlingshilfe/projekte/</p> <p>Informationen über Betrieb von Unterkünften Mehr Informationen: https://www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/fluechtlingshilfe/faq/betrieb-von-unterkuenften/</p>
<p>DBSH - Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.</p>	
<p>Stellungnahme: Wohnkosten für arbeitende Geflüchtete in Berliner Gemeinschaftsunterkünften zu hoch vom 09.03.2018</p> <p>Von: DBSH Landesverband Berlin Geflüchtete in Berliner Gemeinschaftsunterkünften (GU), die ein eigenes Einkommen haben, müssen derzeit mit ca. €450 für die Kosten ihrer Unterkunft aufkommen.* Dem Deutschen Berufsverband Soziale Arbeit e.V. (DBSH) liegen Informationen vor, nach denen einzelne berufstätige Geflüchtete jetzt Forderungen von über €850 erhalten. Wohlgemerkt ist dies die monatliche „Miete“ für den beengten Wohnraum in einem Mehrbettzimmer sowie die Nutzung von Gemeinschaftsküchen und geteilten Sanitäranlagen. Der Betrag kommt zustande, da die Kosten für Sozialbetreuung, Wachdienst und Verwaltung, welche in der Sammelunterbringung entstehen, mitberechnet werden. Der Flüchtlingsrat Berlin hält dies für unzulässig.**</p> <p>(Quelle: https://www.dbsh.de/fileadmin/redaktionell/pdf/Sozialpolitik/20180309_Selbstzahler_LV_Berlin.pdf)</p>	<p>Positionspapier: Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften vom 22.03.2016</p> <p>Professionelle Standards und sozialpolitische Basis</p> <p><i>„Das vorliegende Positionspapier soll eine Grundlage für die professionelle Selbstverständigung in der Sozialen Arbeit mit geflüchteten Menschen bieten, aber auch in der übergreifenden sozialpolitischen Diskussion zum Einsatz kommen. Es soll Sozialarbeiter_innen ermöglichen, sich in ihrem Handeln und dessen Begründung auf geteilte berufsethische und fachliche Standards zu berufen. Ferner soll es dazu beitragen, mehr Transparenz und Verbindlichkeit hinsichtlich der Leistungen der Sozialen Arbeit herzustellen und die erforderlichen Rahmenbedingungen einzufordern. Schließlich soll das Positionspapier Qualitätsentwicklungsprozesse im Bereich der Sozialen Arbeit in Gemeinschaftsunterkünften anregen, um diese noch stärker am Bedarf der sie Nutzenden, das heißt den Geflüchteten selbst, zu orientieren.“</i></p> <p>Der DBSH begrüßt sehr die Definition von fachlichen Standards in den Arbeit mit Menschen auf der Flucht in eine sichere Zukunft. Aus Sicht des DBSH eignet sich das Positionspapier hervorragend um auch bestehende Einrichtungen dahingehend zu überprüfen, ob diese sich an Standards halten oder ob es sich seitens der verantwortlichen Politik nur um politische Lippenbekenntnisse handelt, die Standards unterlaufen. Mehr Informationen: http://www.fluechtlingssozialarbeit.de/</p>

Kennen Sie schon...?

Informationen über **Studien - Wohnen und Geflüchtete!**

Was gab es? Was gibt es? Was ist geplant?

Wo erhalte ich mehr Informationen?

Hier handelt es sich um einen kleinen Einblick und hat nicht den Anspruch auf Vollständigkeit!

Wissenschaftliche Begleitung BENN –Berlin entwickelt Neue Nachbarschaften→ Evaluierung eines Förderprogramms für lebendige Quartiere

http://www.stern-berlin.com/assets/content/dateien/2018-01-02_Projektsteckbrief_wiBe_BENN_final.pdf

Leistungen:

Vor-Ort-Analysen(Leitfaden-gestützte Expert*inneninterviews, Fokusgruppen, teilnehmende Beobachtung)

Recherche und Aufbereitung von Sekundäranalysen (Dokumentenanalyse, statistische Daten PRISMA)

Strategiegespräche mit Verfahrensbeteiligten ♣Berichterstattung Projektdaten: Zeitraum: 2018-2021

Nachbarschaften des Willkommens (NaWill) – Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren

Projektleitung:

Dr. Ulrike Hamann, Nihad El-Kayed

Humboldt-Universität Institut für Sozialwissenschaften

nawill@hu-berlin.de

<http://hu.berlin/nawill>

StadtTeilen. Öffentlicher Raum und Wohnen als neue Gemeingüter in sozial gemischten Nachbarschaften.

Gefördert durch die Robert-Bosch-Stiftung. Laufzeit: 2018- 2022.

Beteiligte Institutionen: Universität Kassel, Hochschule für Technik und

Wirtschaft HTW Berlin, Staatliche Akademie der Bildenden Künste Stuttgart,

Buzwan Morell Architekten PartGmbH, Pestalozzi-Fröbel-Haus.

info@StadtTeilen.org